



Wortprotokoll

der 172. Sitzung vom 23. März 1978

Resoconto integrale

della seduta n. 172 del 23 marzo 1978

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978



SEDUTA **172.** SITZUNG

23.3.1978

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 267/78: « Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1978 » (Discussione generale)

Landesgesetzentwurf Nr. 267/78: « Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1978 » (Generaldebatte)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. Prof. DECIO MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.50 UHR

(*Appello nominale - Namensaufruf*)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Nicolodi, Vaja e Gouthier, nonché l'Assessore Benedikter.

Continua la trattazione del disegno di legge provinciale n. 267/78: « **Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1978** ».

Landesgesetzentwurf Nr. 267/78: « **Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1978** ».

La parola al consigliere Achmüller.

ACHMÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß der Bericht zum Landeshaushalt mehr vergangenheits- als zukunftsbezogen ist, ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir uns am Ende einer Legislatur befinden. Daher, glaube ich, ist ein Rechenschaftsbericht mehr als gerechtfertigt. Der Bericht ist, wie schon von einigen Vorrednern angedeutet worden ist, mehr in positiven Ton gehalten, was an und für sich selbstverständlich ist und natürlich auch das gute Recht eines Regierungschefs, manchmal oder zwischendurch über das Positive, das geleistet worden ist, zu reden. Es ist keine Übertreibung, wenn der Landeshauptmann darauf hinweist, daß es den Leuten, in unserem Lande, Gott sei Dank, besser geht als anderswo in Italien, daß die Wirtschaft bei uns floriert, angefangen bei der Landwirtschaft, wo stolze Bilanzen und Ergebnisse aufgezeigt werden konnten, wobei ich allerdings der Meinung bin, daß das Durchschnittseinkommen heute nicht mehr 2.000.000 pro Kopf beträgt, wie es hier von Vorrednern angenommen wurde, denn wenn das Bruttosozialprodukt auf diesem Sektor insgesamt 153 Milliarden ausmacht, u. die erwerbstätige Bevölkerung in der Landwirtschaft heute noch 17 bis 18 Prozent, das sind ca. 26.000 Personen, ausmacht, dann sind es nicht mehr 2 Millionen, sondern schon 4 bis 5 Millionen. Weiters konnte auch darauf

verwiesen werden, daß die Arbeitsplätze in der Industrie nicht abgenommen haben, wie etwa in umliegenden Ländern, sondern daß sie um etwa 3.500 Plätze zugenommen haben und damit ist ungefähr der Stand erreicht, der hinsichtlich Schaffung von Arbeitsplätzen bis 1981 vorausgeplant war, obwohl man damals, als man geplant hat, die Auswirkungen und die Tragweite der Krise noch nicht absehen konnte, damals hat man überhaupt noch nicht von einer Krise gesprochen.

Vor allem für den Fremdenverkehr war das letzte Jahr ein besonders gutes Jahr, es ist nämlich die Rekordquote von 15 Millionen Übernachtungen erreicht worden. Über diese wirtschaftliche Leistungen hinaus können wir zur Kenntnis nehmen, daß bei uns die Arbeitslosigkeit auch nicht die Ausmaße erreicht hatte, wie in anderen Regionen Italiens, speziell auch die Jugendarbeitslosigkeit, wo wir lange nicht an die Zahlen herankommen, die anderswo verzeichnet werden. Es hat bei uns insgesamt, laut den letzten Zählungen etwa 570 Jugendliche gegeben, die sich in diese Sonderlisten eingetragen haben, das ist nur etwa 1/10 des gesamtitalienischen Durchschnitts.

Wir können auch im positiven Sinne zur Kenntnis nehmen, daß die öffentliche Sicherheit bei uns noch besser gewährleistet ist als in anderen Gegenden und besonders die Ereignisse der letzten Tage haben uns gezeigt, wie schlecht es in anderen, hauptsächlich in großen Städten Italiens heute schon um die öffentliche Sicherheit bestellt ist und, daß der Bürger auf der Straße seines Lebens nicht mehr sicher sein kann. Diese Dinge, glaube ich, können auch von einem politischen Gegner nicht in Abrede gestellt werden. Das sind Fakten, die sich nicht einfach so vom Tisch wischen lassen. Diese Aussagen konnten auch von den Oppositionsparteien nicht entkräftet werden. Man kann darüber streiten, ob wir es mehr dem Arbeitswillen, dem Fleiß der Bevölkerung zu danken haben, daß es bei uns so bestellt ist, oder der Tüchtigkeit der Landesregierung. Aber wenn man schon von bestimmter Seite, hauptsächlich von Oppositionsseite her der Landesregierung alles in die Schuhe schiebt, und sie verantwortlich macht für alles, was im Lande fehlt, und was negativ ist, dann müssen wir doch auch einmal anerkennen, daß sie mindestens zum Teil mit an dem Erfolg beteiligt ist, der nur bei uns erzielt werden kann. Am Ende dieser Legislatur können wir allen Mitgliedern der Landesregierung bescheinigen, daß sie gearbeitet haben. Nicht zuletzt ist es jedoch das Verdienst unseres Landeshauptmannes

selbst, dessen Image und Autorität von breiten Kreisen der Südtiroler Bevölkerung, auch von Italienern, als Grundlage und Garantie für die vorhandene Stabilität und Ordnung im Lande angesehen wird, obwohl von bestimmter Seite immer wieder versucht wird, dieses Image zu zerstören. Ich will mich jedoch darauf besinnen, daß eine Haushaltsdebatte auch für ein Mitglied der Regierungspartei nicht nur dazu da ist, daß man sich in Selbstlob ergeht, sondern es muß versucht werden, und man darf nicht davor zurückscheuen, auch das zu sehen, was vielleicht lückenhaft ist, und was es noch zu tun gibt. Von verschiedenen Oppositionsrednern ist darauf hingewiesen worden, daß der Bericht Lücken aufweise, wobei man besonders auf das Fehlen von politischen Aussagen hingewiesen hat. Darunter verstanden die Vertreter der Oppositionsparteien vor allem den Stand der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut bzw. das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol. Es ist sehr erfreulich, daß man sich jetzt besonders auch von Oppositionsseite her darüber Gedanken macht, daß diese Durchführungsbestimmungen möglichst bald einem positiven Ende zugeführt werden sollen und vor allem, daß es möglichst im Sinne der Südtiroler Bevölkerung ausfällt, es ist allerdings auch nicht zu verwundern, daß man jetzt vor dem Abschluß des Autonomiestatutes, oder vor Beilegung der Streitfrage, die es dazu bereinigen gibt, von verschiedenster Seite versucht, sich an den Lorbeeren, die es vielleicht noch zu ernten gibt, zubeteiligen. In erster Linie sei hier auch die KPI genannt.

Die KPI wird sicherlich Gelegenheit haben, auf nationaler Ebene, wo sie jetzt politisch mehr mitzureden hat als bei uns im Lande, den Beweis zu erbringen, daß sie sich im positiven Sinne für die Autonomie einsetzt; denken wir nur an die nächsten anstehenden Entscheidungen, beispielsweise, wenn es darum geht, ob die 26 Milliarden, die in diesem Landeshaushalt für die Industrie ausgewiesen sind, vom Land autonom verwaltet werden können oder ob deren Verwendung mit dem Ministerium abgesprochen werden muß. Oder denken wir etwa an die Telekommunikation, an die RAI. Es wird sich herausstellen, wie weit hier die autonomistische Einstellung der KPI reicht. Dasselbe gilt für das Zusammenleben der ethnischen Gruppen in Südtirol. Hierbei ist es verwunderlich, daß sich vornehmlich die Kommunisten jetzt gewissermaßen als Schiedsrichter aufspielen. Es ist schon etwas eigenartig, daß die KPI jetzt, da sich die Auswirkungen des Autonomiestatutes vielleicht zum ersten Mal auf die italienische Volksgruppe etwas negativ auszuwirken beginnen, auf einmal ihre sogenannte interethnische oder überethnische Vermittlerfunktion entdeckt, denn solange nur die Südtiroler die

Nachteile zu tragen hatten, hat man auch von der KPI sehr wenig gehört. Oder hat die KPI etwa einmal vor der Verabschiedung des Autonomiestatutes etwas unternommen, damit die Südtiroler leichteren Zugang zu den Staatsstellen hätten? Wann hat es in den Jahren nach 1972, als die Staatsstellen bereits nach Verfassungsgesetz dem ethnischen Proporz unterworfen gewesen wären, dafür aber weitere 2.000 Italiener eingeschleußt worden sind, jemals von der KPI Proteste gegeben? Heute regt man sich darüber auf, daß vielleicht der eine oder andere in seinen karrieremäßigen Erwartungen etwas eingeschränkt werden könnte, weil die Doppelsprachigkeit vielleicht dem einzelnen Schwierigkeiten bereitet. Aber hat sich die KPI schon einmal ernsthaft mit der Situation der Südtiroler im Staatsdienst mit dem Arbeitsklima, mit dem sie fertig werden müssen, mit den Schikanen, denen sie unterworfen sind, befaßt? Eine Aussage über diese Zustände habe ich in den Ausführungen des Kollegen Gouthier vermißt. Wir geben zu, daß die Doppelsprachigkeit für viele italienischsprachige Beamte, gerade im Zusammenhang mit der karrieremäßigen Erwartung des einzelnen, ein Problem darstellt, und es wird darüber gesprochen werden müssen, aber es ist bei weitem nicht das einzige Problem, das sich hier stellt, und ich denke auch nicht das größte, vor allem solange nicht, als es für die Südtiroler in den Staatsstellen noch keine echte Chancengleichheit gibt. Sie dürfen nicht vergessen, daß nach wie vor alle leitenden Stellen von italienischen Beamten besetzt sind, von denen jegliche Weisungsbefugnis ausgeht, von dort aus wird die Arbeitseinteilung geregelt und man kann bei Gott nicht sagen, daß es hier immer im Sinne der Südtiroler läuft, sondern es ist mehr oder weniger so, daß die Südtiroler im Staatsdienst noch für die Schuhputzerdienste erhalten müssen. Daß sämtliche Dienstanweisungen und Vorschriften natürlich nach wie vor in italienischer Sprache entgegengenommen werden müssen, das sei nur nebenbei erwähnt. Nach Verabschiedung der Durchführungsbestimmungen über den ethnischen Proporz hat sich das Arbeitsklima für die Südtiroler wesentlich verschlechtert. Es wird von verschiedenen Seiten gegen alles Deutsche gehetzt. Die Südtiroler sind einem stärkeren Druck ausgesetzt, so daß es für viele nahezu unerträglich ist. Ich kenne Leute, die aus diesen Gründen ihre Stelle aufgegeben haben, weil sie es nervlich nicht mehr durchgehalten haben. Der Abg. Gouthier kennt diese Dinge doch, er weiß daß die Südtiroler Arbeiter, in der Regel nicht Leute sind, die ihre Klagen, Schwierigkeiten und Probleme lauthals zu Markte tragen, sie auf der Straße verkünden, sondern daß sie schweigsam sind und ihr Los ertragen und vieles hinunterschlucken. Aber der

Abg. Gouthier hat nichts davon erwähnt. Er hätte davon etwas erwähnen müssen, als er vom politischen Notstand sprach, zumindest hätten auch diese Dinge gesagt werden müssen und dadurch hat er einen erneuten Beweis dafür erbracht, daß die KPI ihre Rolle als zwischentechnische Partei noch lange nicht gerecht wird, und daß die Südtiroler in ihren Reihen nach wie vor die Rolle der nützlichen Idioten zu spielen haben. Aber es geht hier scheinbar mehr oder weniger darum, wer sich mehr zur Wehr setzen kann, wer mehr Stimmung erzeugen kann und wer sich mehr in Szene setzen kann. Insgesamt gesehen, glaube ich, ist dieses Gerede vom politischen Notstand ein großer Bluff. Das behaupte ich auch deshalb, weil ich nicht zu jenen gehöre, die sich lauthals in die Antikommunikationskampagne eingeschaltet haben, weil ich vom sogenannten verbalen Antikommunismus im Sinne des Leserbriefes von Dr. Baldauf, der vom Abg. Gouthier zitiert worden ist, nicht allzuviel halte. Aber ich muß er schärfstens verurteilen, daß ein Mann von Format, wie der Abg. Gouthier es ist, welcher sonst als recht vernünftig und besonnen gilt, es wagt, den politischen Notstand auszurufen, mehr oder weniger nur weil die KPI von irgendjemandem angegriffen wird. Diese Reaktion glaube ich, war nichts anderes als ein Armutzeugnis. Es ist ein Ausdruck der politischen Ohnmacht und verrät, daß man selbst mit dem politischen Gegner nicht mehr fertig wird. Den Bürger, glaube ich, interessiert es wenig, ob die eine oder andere Partei angegriffen wird, ob es zwischen den Parteien Streitereien gibt, für ihn sind andere Dinge viel wichtiger und gerade die Dinge, die den Bürger mehr interessieren, die sind Gott sei Dank bei uns noch gewährleistet und dies hat auch der Abg. Gouthier nicht in Abrede gestellt. Er hat zugegeben, daß es den Leuten wirtschaftlich bei uns besser geht als in anderen Regionen und daß es um die öffentliche Ordnung, auch wenn er den Fall von Herrn Amonn erwähnte, noch besser bestellt ist als anderswo und auch die Freiheit des einzelnen bei uns besser gewährleistet ist als anderswo. Wenn der Abg. Gouthier es mit seiner Feststellung ernst gemeint hat, dann hätte er eigentlich das Gegenteil von dem behaupten müssen, was er erklärt hat. Der Grund, daß er aber diese Erklärungen abgegeben hat, glaube ich, ist darin zu suchen, daß es die KPI trotz Demokratiebezeugungen nicht ertragen kann, kritisiert zu werden, sie kann es nicht ertragen, daß die Dinge in Südtirol politisch, anders laufen als anderswo, anders als es ihnen vielleicht lieb ist, weil sie deshalb nicht die Machtposition erreichen kann wie in anderen Regionen Italiens. Nicht zuletzt scheint die Äußerung des Abg. Gouthier durch seine Berufung in eine hohe Parteistelle verständlich, wodurch er unter einem bestimmten Erfolgswang gesetzt wor-

den ist. Es geht ihm doch, sowie der Gesamtpartei, auch darum, die letzten weißen Flecken, wie es noch auf der politischen Landkarte in Italien gibt, wegzuwischen und wenn das Schwierigkeiten bereitet, dann gerät man natürlich etwas in Verlegenheit und es passieren Kurzschlußhandlungen. Auch die Landtagswahlen stehen vor der Tür und man möchte doch dort einen ersten Beweis in diese Richtung erbringen. Der Zweck der ganzen politischen Spekulation, wie ich diesen Ausspruch von politischen Notstand bezeichnen möchte, ist daher evident. Es geht der KPI nicht zuletzt darum, vor der italienischen Volksgruppe den Beweis zu erbringen, daß es außer der DC vor allem noch jemand gibt, eine andere politische Kraft, die sich jetzt angesichts verschiedener Schwierigkeiten und Gefahren, die durch das Autonomiestatut eventuell für die italienische Volksgruppe entstehen können, da ist, um diese italienische Volksgruppe in Südtirol zu schützen.

Der Abg. Gouthier hat den Abg. Benedikter verurteilt, weil er durch seine Erklärungen über die KPI sozusagen die Bevölkerung verunsichert hätte. Ich frage den Abg. Gouthier, was tut er: werden die Leute nicht auch durch die Ausrufung des politischen Notstandes verunsichert? Wir sind jedoch der Überzeugung, daß diese ganze Aktion sicherlich nicht die gewünschten Früchte bringen wird und das Ganze wird zerplatzen wie eine Luftblase und auf die KPI zurückfallen. Denn letzten Endes entscheiden in der Politik, Gott sei Dank, mehr die Fakten und die Taten als die Worte. Es wäre konsequenter gewesen, wenn der Abg. Gouthier den politischen Notstand dort erklärt hätte, wo auf Grund der Tatsache, daß es keine politischen Mehrheiten mehr gibt — und daran ist vielleicht nicht zuletzt auch die KPI daran schuld — die Verwaltung überhaupt lahmgelegt ist. In anderen Regionen, so erfahren wir aus der Zeitung, werden Krankenhäuser versteigert, Schreibtische von Bürgermeistern verpfändet und dgl. Dort hätte er den politischen Notstand ausrufen müssen.

Im Zusammenhang mit der Besetzung der Staatsstellen, muß ich jedoch auch eine Bitte an die Landesregierung richten. Heute, da die Südtiroler die Möglichkeiten haben, Staatsstellen zu besetzen und die Landesregierung alle Kompetenzen hat, die Leute zu informieren und auf die Wettbewerbe vorzubereiten, sollte nichts unversucht bleiben um möglichst vielen Südtirolern diese Chance zu bieten. Es sollte für die Landesregierung ein Signal zum Handeln sein, wenn sie ihren Verpflichtungen in diesem Sinne nicht ganz nachkommt. Es muß für sie eine Selbstverständlichkeit sein, auf diesem Gebiet alles nur Erdenkliche zu unternehmen, um einen besseren Service anzubieten. Ich glaube, nicht nur die Tatsache, daß heute beim Regierungskommissär

nicht genügend Personal da ist, vor allem doppel-sprachiges Personal, daß man dort z.B. nicht die nötigen Informationen erhalten kann, ist ausschlaggebend dafür, daß sich nicht genügend Leute melden, sondern auch die Tatsache, daß von der Landesregierung aus bis jetzt wohl ein eigenes Amt errichtet worden ist, aber dieses Amt bis heute ein „Ein-Mann-Amt“ geblieben ist, und ich glaube ein „Ein-Mann-Amt“ kann diesen Aufgaben einfach nicht gerecht werden. Es stimmt, ich gebe ohne weiteres zu, es ist einiges getan worden; an Informationsblättern sind vielleicht einige tausend hinausgegangen, aber das genügt nicht. Man muß versuchen permanent und auch persönlich die Leute anzusprechen, nicht nur zwischendurch Meldungen über die Zeitung herausbringen. Wie gesagt, uns darf hier kein Mittel zu umständlich oder zu teuer sein, oder keine Anstrengung zu groß, um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, daß die Südtiroler von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Wenn die verschiedenen Oppositionsparteien es dem Bericht angekreidet haben, daß eine politische Aussage fehlt, und darunter gemeint haben, die Durchführung des Autonomiestatutes, das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol, dann vermisste ich eher eine Aussage darüber, wie es um die Wahrnehmung der Interessen der einzelnen Bevölkerungsschichten bestellt ist.

Regionalratspräsident Vaja hat von der Veränderung der Gesellschaft gesprochen. Dabei hat er zunächst klargestellt, wie er dies im positiven Sinne verstanden haben möchte. Er hat von der Zusammenarbeit aller, von der Mitbestimmung, von der Partnerschaft gesprochen. Er hat gemeint, daß es notwendig sei, daß jeder seinen gerechten Anteil habe. Ich möchte ihm hier voll beipflichten. Allerdings müssen wir uns, wenn wir es mit diesen Dingen ernst meinen, auch einmal die Frage stellen: Wie sieht es echt mit der Verwirklichung dieser Grundsätze aus? Gibt es nicht trotz alledem noch Bevölkerungsschichten, die heute noch etwas abseits stehen, die nicht mitbestimmen, weil sie meinetwegen nicht die nötige gesellschaftliche Relevanz, das nötige Standes- oder Selbstbewußtsein oder die nötige organisatorische Macht haben, sich durchzusetzen? Bürger also, die nicht mitbestimmen im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern über die bestimmt wird, die die Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen haben, die noch keine ernstzunehmende Partner sind. Ich denke hier nicht zuletzt an die Arbeitnehmer. Wenn von Partnerschaft schon die Rede ist, dann versteht man unter diesem Begriff die Partnerschaft zwischen dem unselbstständig Erwerbstätigen und dem selbständig Erwerbstätigen. Aber läuft diese Partnerschaft im Lande nicht noch etwas einseitig? Müssen

wir nicht sagen, daß die Arbeitnehmer bei uns noch nicht jene gesellschaftliche Bedeutung haben, wie etwa in unseren Nachbarländern, beispielsweise in Nordtirol? Wird nicht vielfach im Sinne des stärkeren Partners entschieden? Wie es um diese Partnerschaft bei uns bestellt ist, wie weit sie verwirklicht ist, stellt sich am besten bei offiziellen Anlässen heraus, bei Feierlichkeiten u. dgl., denn hier kommt es auch optisch zum Vorschein. Es gibt da die Präsidenten und Manager der einzelnen Wirtschaftsverbände, die in den ersten Reihen Platz nehmen, weiters gibt es verschiedene Funktionäre von Banken und anderen Institutionen und dgl. und zwischendurch findet man vielleicht einen Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Ich möchte nun nicht sagen, wenn man sich in Zukunft mehr befleißt bei offiziellen Anlässen auch diese Exponenten mehr zum Vorschein kommen zu lassen, daß dann in puncto Partnerschaft sich de facto etwas geändert hätte. Wie ernst man das nimmt, sieht man zuletzt auch darin, wie die Funktion etwa des Wirtschafts- und Sozialbeirates gesehen worden ist, denn dieses beratende Organ der Landesregierung ist wirklich nur in sehr seltenen Fällen herangezogen worden.

In diesem Sinne möchte ich der Landesregierung auch dafür danken, daß sie die Initiative, die hauptsächlich vom Abg. Bertorelle gekommen ist, und von uns unterstützt wird, mitunterstützt, ein obligatorisches Gutachten des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates über bestimmte Maßnahmen, daß es also der Landesregierung zur Pflicht gemacht wird, ihn anzuhören. Wie es um die Partnerschaft bestellt ist, das ersehen wir auch mehr oder weniger daraus, wer in unserem Lande das Kapital verwaltet. Ich meine nicht zuletzt die großen Kreditinstitute und möchte fragen, wo hier Exponenten von Arbeitnehmern, auch nur sagen wir in geringerem Maße, ein Wort mitzureden hätten. Wenn wir uns schon von bestimmten gesellschaftlichen Zielvorstellungen leiten lassen, nämlich die Dinge partnerschaftlich zu lösen, dann müßte es für uns auch eine Selbstverständlichkeit sein, die einzelnen Interessengruppen in ausgewogener Weise zum Zuge kommen zu lassen. Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, daß die Autonomie für uns nicht nur Rechte bedeutet, sondern auch mehr Verantwortung und mehr Pflichten. Eine, und wohl die erste dieser Pflichten, ist es, die heute, Gott sei Dank, in großem Maße zur Verfügung stehenden Mittel, auch gerecht zu verteilen. Ich gebe mich keinen Illusionen hin. Es wird nie eine absolute Gerechtigkeit geben, denn wo es etwas zu verteilen gibt, wird es nie Zufriedenheit geben, und manchmal hat man den Eindruck, daß heute, da das Land so viele Mittel zur Verfügung hat und verteilen kann, die Unzufriedenheit in unserem Lande noch größer ist als damals, als das Land noch nicht zu-

ständig war. Gerade von Seiten von Gruppen, die ohnehin stark gefördert werden, wird der Druck auf die Landesregierung immer stärker.

Unter gerechter Verteilung verstehe ich nicht unbedingt, daß man allein gleichviel gibt — es ist schon gesagt worden, wieviel es pro Kopf treffen würde, würde man die Landesbilanz aufteilen, nämlich fast 1 Million Lire pro Kopf, man muß sich aber auch vergegenwärtigen, daß das Land für alle öffentlichen Einrichtungen und dgl. zuständig ist und diese auch realisieren muß —, aber immerhin bin ich nicht der Meinung, daß man allen gleichviel geben muß, sondern daß man dem, der wenig hat oder nichts, etwas hinzugeben muß, und dem der viel hat weniger gibt, auch im Sinne einer neuen Verteilung der Mittel, von der im Rahmen dieser Haushaltsdebatte bereits die Rede gewesen ist. Die Assessoren versuchen zwar, ihr ganzes politisches Gewicht einzusetzen, damit sie Jahr für Jahr oder jedes weitere Jahr mehr Gelder für ihre Tätigkeit zu erhalten, um möglichst allen Forderungen und Wünschen gerecht werden zu können, aber wie lange werden sie imstande sein so schnell zu laufen, wie man sie treibt? Ich möchte diese Frage nicht beantworten, aber ganz unabhängig davon stellt sich die Frage, ob eine solche Verhaltensweise auf die Dauer richtig ist, wäre es nicht viel mehr Jahr für Jahr, zumindest jetzt, da es jedes Jahr eine so gewaltige Aufstockung der Landesmittel gibt, angebracht, eine grundsätzliche Diskussion über die Verwendung der Gelder zu führen? Man sollte nicht Jahr für Jahr immer wieder sagen, es sind diese Gesetze da, die müssen refinanziert werden, und es muß alles mehr oder weniger so bleiben, als wie es früher war. Ich könnte mir unter Umständen vorstellen, daß man die Landesbilanz einmal etwas überarbeiten könnte. Aber das ist besonders in den letzten Jahren nicht passiert und es war mehr oder weniger so, daß es ein Tauziehen zwischen den Landesassessoraten gegeben hat, obwohl es sicherlich so sein mag, daß es für den einen oder anderen Landesrat ein persönliches Prestige bedeutet, wenn er imstande ist, für sein Ressort einen großen Teil der zusätzlichen Mittel herauszuholen, nicht immer unbedingt im Interesse der Allgemeinheit. Und daher sollte auch der Herr Landeshauptmann sich seiner Rolle immer stets bewußt sein, die sich nicht darauf beschränken darf, nur zu koordinieren und nur zu vermitteln, sondern es geht darum, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und, wenn nötig, auch gegenüber den einzelnen Assessoren durchzusetzen. Und wäre es in diesem Zusammenhang nicht auch angebracht, die Aufteilung der Mittel des Landeshaushalts jeweils vorher mit dem Sozialpartner abzusprechen, auch im Sinne der Partnerschaft, wobei natürlich die letzte Entscheidung immer dem jeweiligen politi-

schen Gremium vorbehalten bleiben muß. In diesem Sinne hat auch der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund interveniert und ich möchte mich mit diesem Einwand voll einverstanden erklären. Übrigens hat auch der Kollege Erschbaumer diese Kritik des ASGB am Landeshaushalt zitiert, obwohl er jetzt als Partei auf Äquidistanz zum ASGB gegangen ist, und bei anderen Gelegenheiten diesen ASGB als Anhängsel der Volkspartei bezeichnet. Aber ich würde sagen, gerade diese Stellungnahme zum Landeshaushalt, in der den Assessoren ein arroganter Führungsstil vorgeworfen wird, ist nicht gerade der Beweis dafür, daß man sich als Anhängsel der Volkspartei betrachtet, man möchte sagen ganz im Gegenteil. Und weil wir schon beim ASGB sind, möchte ich hier die Frage aufwerfen, darüber ist auch im Bericht des Landeshauptmannes zur Landesbilanz nicht die Rede gewesen, was ist nun mit der Gleichstellung des ASGB? Wir wissen, daß es Schwierigkeiten gegeben hat in der Registrierung durch den Nationalen Rechnungshof. Ich habe allerdings gehört, daß am 20. März im Amtsblatt der Republik diese Durchführungsbestimmungen erschienen sind und damit die Voraussetzungen gegeben sind, daß die Dinge hier im Landtag genehmigt bzw. behandelt werden können. Ich möchte daher den Landeshauptmann fragen, ob er gedenkt, diese Erklärung, wer die repräsentativste Gewerkschaft für die Südtiroler Arbeiter ist, hier im Landtag noch vor den Landtagswahlen zu behandeln. Ich glaube, wenn man sich zwischendurch auch einmal grundsätzlich über die Verteilung der Mittel Gedanken machen würde, dann müßte man auch zur Auffassung gelangen, daß es vielleicht angebracht wäre, wenn es in bestimmten Sparten einmal ein ausgesprochen günstiges Jahr gibt, wie meinetwegen ein Rekordjahr in der Landwirtschaft, oder ein Rekordjahr im Fremdenverkehr, in diesen Sachbereichen mit den Mitteln etwas sparsamer umzugehen und andere dafür mehr zu fördern. Aber ich finde es in diesem Zusammenhang schon befriedigend, wenn man doch im Stande ist, zumindest innerhalb des einzelnen Ressors eine Umstockung vorzunehmen, wie es z.B. in der Landwirtschaft passiert ist, wo heuer doch eine ziemlich große Aufstockung des Berggesetzes vorgenommen worden ist. Das bedeutet, daß doch relativ mehr Mittel für Initiativen zugunsten der Berggebiete ausgegeben werden und weniger für die Landwirtschaft in der Talsohle.

Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang meine Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß sich die Landesregierung in Beantwortung einer Anfrage bereit erklärt hat, auch Maßnahmen zugunsten der Nebenerwerbs- und Arbeiterbauern zu ergreifen, die jetzt dann auch in den Genuß von Förderungsmitteln gelangen werden. Ich

bin der Auffassung, daß diese Maßnahme spät erfolgt, daß dies in den letzten Jahren versäumt wurde, wenn man jetzt der Meinung ist, daß es die Möglichkeit immer schon gegeben hätte, aber ich sage: lieber spät als nie, und weil ich mich hier ganz kurz mit dem Gebiet der Landwirtschaft befaßt habe, da möchte ich, weil dieses Thema auch im Rahmen dieser Diskussion bereits einmal aufgegriffen worden ist, zum Problem der Nutzungsrechte kurz etwas sagen, das ein altes, leidiges Problem ist. Dazu möchte ich in erster Linie bedauern, daß sich die Landesregierung nicht aufrufen konnte, so wie es versprochen worden ist, dieses Gesetz von 1960, welches die Verwaltung der Fraktionsgüter regelt, abzuändern. Die Meinung der Arbeitnehmer in der SVP war in diesem Sinne immer eindeutig und klar, die Fraktionsgüter gehören der Dorfgemeinschaft, und die Erträge sollen der Allgemeinheit zufließen. Wir haben unsere Stellungnahme immer in diesem Sinne abgegeben und in diesem Sinne haben wir auch bei den zuständigen Stellen vorgesprochen und haben Vorschläge unterbreitet. Aber wir wissen alle, warum es nicht zu einer Änderung gekommen ist, innerhalb unserer Partei gab es verschiedene Standpunkte und die politischen Machtverhältnisse sind nun einmal wie sie sind, trotz anderer Auffassung der Arbeitnehmer, und unter Umständen auch der SPS. Ich bin jedoch der Auffassung, daß es nicht darauf hinauslaufen sollte, daß eine Abänderung um jeden Preis erzielt wird, denn besser ist es, heute eine de-facto-Situation aufrechtzuerhalten, welche nicht ganz zu Ungunsten der Allgemeinheit läuft, als daß ein noch ungünstigeres Gesetz etwa über den Bauernbund politisch durchgesetzt wird. Was ich in diesem Zusammenhang auch bedauere, das ist die sogenannte Wiedererrichtung von Interessenschaften, welche in den meisten Fällen zu Unrecht erfolgten, d.h. man errichtet Interessenschaften auch dort, wo solche niemals bestanden haben. Man stellt einfach die Fraktionsgüter, welche der Dorfgemeinschaft gehören und im Grundbuch auch auf diese eingetragen sind, einer Interessenschaft zur Verfügung. In vielen Fällen ist das schon so durchgezogen worden. Dies hat zwar unter der Bevölkerung und natürlich vor allem unter denen, die da ausgeschlossen bleiben, zu Unzufriedenheit geführt, aber kaum jemand hat es gewagt, gegen die Landesregierung vorzugehen. Es ist nun einmal so: wo kein Kläger, da kein Richter. In einem Fall hat sich eine Gruppe von 20 Familien gefunden, die heute einen Rechtsstreit mit dem Land laufen hat, und ich habe keine Schwierigkeiten zuzugeben, daß wir als Arbeitnehmer in der SVP diese Leute unterstützen. Sie haben es nicht leicht, denn sie sind einem sehr starken Druck ausgesetzt. Was herauskommt, weiß man noch nicht. Auf alle Fälle, auch

wenn durch eine Vermittlungsaktion, die derzeit vom Abg. Durnwalder und Assessor Oberhauser versucht wird, etwas herauschaut, dann haben diese Familien einen Vorteil für sich erreicht.

Die Arbeitnehmer beklagen sich zum Teil natürlich nicht nur über die Nutzungsrechte und über die nichterfolgte Verabschiedung der einschlägigen Regelung, sondern nicht ganz zu Unrecht auch darüber, daß ihnen auf anderen Gebieten vielleicht nicht so entgegengekommen wurde, wie es vielleicht notwendig gewesen wäre, wobei ich aber das, was im Sinne der Arbeitnehmer getan worden ist, in keiner Weise verkennen möchte, und ich werde das noch im Laufe meiner weiteren Ausführungen anklingen lassen. Aber wenn man diese Dinge sagt, oder wenn ein Arbeitnehmer sich beklagt, dann heißt es meistens: ja, was braucht denn ein Arbeitnehmer schon? Er hat seine Arbeit, er hat seinen Lohn, ja, höchstens eine Wohnung. Ganz abgesehen davon, daß bereits Lohn und Arbeit große Probleme sind, ist das Wohnungsproblem für viele sicher ein unlösbares Problem geworden. Und das kann nur derjenige verstehen, der sich selber einmal in dieser Situation befunden hat, der etwa in Bozen oder auch in einem Fremdenverkehrsdorf in Südtirol ohne Wohnung war und unbedingt eine haben mußte. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß heute für eine Wohnung nicht nur monatlich so und so viel auf den Tisch geblättert werden muß, sondern daß man in bestimmten Fällen überhaupt keine findet. Hinsichtlich Förderung und sozialen Wohnungsbau müssen wir zugeben, und geben wir zu, daß auf diesem Gebiete trotzdem von der Landesregierung viel getan worden ist. Wir erkennen an, daß die Landesregierung auf dem Sektor Wohnungsbau mehr investiert, als der Staat auf gesamtstaatlicher Ebene. Und wenn der Landeshauptmann in seinem Bericht darauf verwiesen hat, daß 140 Milliarden in diesen Sektor investiert worden sind und werden, dann ist das sicherlich eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Wenn seit Bestehen des Kleinsparergesetzes in Südtirol bereits 6.887 Kleinsparer mit Mitteln des Landes unterstützt worden sind, wenn seit Bestehen des Sanierungsgesetzes bereits 2.565 Familien berücksichtigt werden konnten und wenn weitere 2.700 Mietwohnungen, darunter die sogenannten B-Genossenschaften, teils fertiggestellt, teils im Bau sind und in nächster Zeit fertiggestellt werden, dann ist das auch eine soziale Leistung, die einmalig dasteht und unter diese Zahlen fallen noch nicht die 1.400 Kleinsparer, die voriges Jahr dazugekommen sind. In diesem Zusammenhang möchten wir auch sagen, daß die Landesregierung hier ihr Versprechen in Bezug auf die Tagesordnung die anlässlich der letzten Haushaltsdebatte verabschiedet worden ist, voll und ganz eingehalten hat und

zwar wurden die damals in Aussicht gestellten Kleinsparnerwohnungen nicht nur um weitere 600 aufgestockt, wie versprochen, sondern um 800. Bei diesen Zahlen sind die 17 Milliarden Lire noch nicht dabei, die voriges Jahr im Herbst auf die Gemeinden verteilt worden sind, und mit denen Mietwohnungen erstellt worden sind und auch nicht die Mittel, die im heurigen Landeshaushaltsvoranschlag bereitgestellt wurden. Der Wohnungsbau scheint ein Faß ohne Boden zu sein. Es ist auch nicht Wunder zu nehmen, denn die staatliche Gesetzgebung trägt natürlich ihres dazu bei, daß sich jeder, der seine Wohnung freibekommt, Gedanken darüber macht, ob er sie noch vermieten soll oder nicht und ferner trägt natürlich auch die Fremdenverkehrssituation sehr dazu bei. In diesem Sinne ist zu hoffen, daß das Gesetz über den konventionierten Wohnungsbau seine positiven Auswirkungen zeitigen möge und, daß es für die sozial schwächeren Familien dann auch erschwingliche Mietwohnungen gibt. Es herrscht aber noch ein gewisser Notstand und wir müssen heute auch sagen, daß es sehr schwer geworden ist, eine Wohnung zu bauen oder zu kaufen. Selber zu bauen ist der einzelne fast nicht mehr im Stande und zur Förderung von seiten des Landes können nicht alle zugelassen werden. Wir müssen sagen, daß das Problem, das hier weite Schichten der Bevölkerung, die gestern meinetwegen ein Einkommen über 4 Millionen, über 5 Millionen und heute über 6 Millionen haben, nie die Möglichkeit gehabt haben, anzuschauen, während beispielsweise in den wirtschaftlichen Sektoren solche Kriterien überhaupt nicht bestehen, da heißt es einfach, das sind wirtschaftliche Investitionen, da kann man nicht Unterschiede machen zwischen dem, der mehr Anrecht hat und dem, der weniger Anrecht hat, sondern da geht es eben anders, wobei ich der Auffassung bin, daß es beispielsweise in der Landwirtschaft ohne weiteres möglich sein müßte, daß die Landesregierung ähnliche Kriterien verabschieden läßt und daß von vornherein festgelegt ist, welcher Prozentsatz einem Betrieb zusteht der über das oder jenes Einkommen verfügt. Die Überprüfung der einzelnen Gesuche, d.h. festzustellen wer zukommt oder nicht zukommt, nimmt eine sehr lange Zeit in Anspruch. Wir wissen, daß das auch mit sehr vielen Nachteilen verbunden gewesen ist und für den Einzelnen natürlich wieder Unannehmlichkeiten bedeutet. Im großen und ganzen kann man aber sagen, daß diejenigen, die zur Wohnbauförderung zugelassen werden konnten, wenn sie auch mit Bürokratismus zu kämpfen hatten, mehr oder weniger zufriedengestellt werden konnten. Wenn man mit Leuten ins Gespräch kommt, die es nunmehr zu einer eigenen Wohnung gebracht haben, auch die in einer landeseigenen Mietwohnung drinnen sind, dann muß man doch sa-

gen, daß die mehr oder weniger das Hauptproblem, das sie bisher bedrückt hat, gelöst haben. Dieses Problem gibt es natürlich auch für andere Bevölkerungsschichten zu lösen die bisher nicht zugelassen worden sind. In diesem Sinne hat schon meine Kollegin Franzelin interveniert und in diesem Sinne haben wir uns erlaubt, einen Tagesordnungspunkt einzubringen, der vorsieht, daß mittlere Einkommensklassen auch zugelassen werden sollen, wenn auch mit geringeren Beitrag seitens der Landesregierung. Einige Schwierigkeiten hat es in der Baulandbeschaffung gegeben. Sicherlich gibt es hier unterschiedliche Interessen. Man hat auch irgendwelche Kompromisse gefunden, wenn uns auch die heutige Handhabung des Gesetzes gerade vom Dr. Jenny ziemlich angekreidet wird, und daß da immer bestimmte Fälle herausgegriffen werden, die Carabinieri, deren sich der Landeshauptmann bedient und dgl., dann glaube ich, kommen diese Anschuldigungen von einer ganz falschen Richtung, aber ich möchte dem Dr. Jenny sagen, daß wenn es im Sinne derjenigen gewesen oder gegangen wäre, die er heute politisch unterstützt, überhaupt die Frage entstehen müßte, ob das nötige Bauland zur Verfügung stünde.

Die wirtschaftlich positive Lage in unserem Lande, hauptsächlich das Florieren des Fremdenverkehrs, wirkt sich nicht nur negativ auf die Situation im Wohnungsbau aus, sondern auch in anderen Sektoren und ich will hier nicht den Anschein erwecken, daß ich etwa ein Fremdenverkehrsgegner bin, ich bin mir auch der Vorteile bewußt, die uns der Fremdenverkehr bringt, die Vielfalt, die Menge der Devisen — es ist gesagt worden, 300 Milliarden ca. werden im Jahr durch den Fremdenverkehr eingebracht —, die Arbeitsplätze, die dadurch entstehen und dgl., aber man muß in diesem Zusammenhang auch einmal die negativen Auswirkungen sehen und vor allem im Sinne dessen, den sie betreffen. Während also der Gastwirt, der Hotelier mehr oder weniger davon profitiert, daß die Lire dauernd verfällt und deshalb eigentlich ohne eigenes Zutun schon in Südtirol konkurrenzfähig bleibt, eher konkurrenzfähig beispielsweise als die Gastwirte in Österreich, oder in der Bundesrepublik, dasselbe natürlich gilt für den Kaufmann, weil durch den Verfall der Lira, wir sind ja ein grenznahe Gebiet, die Leute aus Innsbruck und München hereinkommen und hier einkaufen, billiger als bei ihnen zu Hause, und nicht zuletzt natürlich auch der Bauer durch die Tatsache, daß wir innerhalb der EG sind, wo mehr oder weniger einheitliche Preise innerhalb der Landwirtschaft gelten. Es ist heute eine Tatsache, daß der Bauer in Südtirol für seine Produkte, für seine Milch, nicht weniger erhält als beispielsweise der Bauer in Bayern. Nicht so ist es hingegen für den Arbeitnehmer, der erhält nicht so viel wie der in

Bayern, automatisch deswegen, weil wir innerhalb der EG sind, sondern der erhält den national kollektivvertraglich vereinbarten Lohn. Auf der anderen Seite aber muß er die durch die Situation entstandene Preissteigerung mit in Kauf nehmen, was ihn natürlich auch stark belastet. Der eine und andere muß vielleicht, wenn er auswärts arbeitet, Tisch an Tisch mit dem Gast essen, er wird vielleicht nicht dasselbe essen wie der Gast, aber er wird höhere Preise trotzdem in Kauf nehmen müssen. Er muß in denselben Geschäften einkaufen wo auch der Gast einkauft. Nun, hier hat das Land natürlich nicht die Möglichkeit, direkt zu intervenieren, aber indirekt schon, indem man versucht Ausgleichsmöglichkeiten, zu schaffen. Und wenn ich Ausgleichsmöglichkeiten sage, dann denke ich vor allem beispielsweise an Mensen und in dieser Hinsicht ist die Situation noch nicht sehr befriedigend. Es gibt zwar einige Mensen, für die sich der KVV engagiert hat, aber die Landesregierung sagt meistens, wenn man mit solchen Problemen kommt, uns ist lieber, wenn von jemand die Initiative ausgeht und wir unterstützen sie. Sicher, das ist meinetwegen grundsätzlich eine gesunde Einstellung, daß man sich da nicht zuviel aufbürdet, aber wenn man sieht, daß diese Initiative ausbleibt, dann glaube ich, ist in einigen Fällen doch die Notwendigkeit gegeben, daß man interveniert, daß man selbst eine Initiative ergreift, auch wenn die Landesregierung die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen muß. Ich verweise darauf, daß dieses Problem in Südtirol heute nicht nur in den Städten auftritt, sondern auch in einigen größeren Ortschaften, wo heute schon einige hundert Arbeiter beschäftigt sind. Ich verweise z.B. gerade auf Naturns, wo ich kürzlich Gelegenheit hatte, eine Versammlung zu halten, da arbeiten heute in der Industriezone ca. 600 Leute, das möchte man nicht meinen, und für die 600 Leute, die zu einem größeren Teil aus dem Schnalstal und aus anderen, entfernter gelegenen Gebieten kommen, daß für die hier eine soziale Einrichtung, wie es eine Mensa ist und vielleicht andere Einrichtungen errichtet werden sollten oder z.B. in Lana, da spricht man lange schon von einem sogenannten Sozialzentrum, und das Sozialzentrum ist heute auch noch auf dem Papier geblieben. Oder ich denke etwa, wenn ich von Ausgleich spreche, an die Möglichkeit für den Einzelnen, billiger zu fahren. Also Interventionen für die Pendler, und in diesem Zusammenhang muß ich aner kennend für die Landesregierung sagen, daß sehr Positives geleistet worden ist und der zuständige Landesrat hier immer große Aufgeschlossenheit gezeigt hat. Es ist das Gesetz verabschiedet worden, welches die Einsetzung eigener Arbeitertransportdienste vorsieht und auf Grund dieses Gesetzes funktionieren heute in verschiedenen

Landesteilen bereits Arbeitertransportdienste, ich verweise auf das Ahrntal, von Prettau nach Bruneck, ich verweise auf das Ultental, das Sarntal, wo diese Probleme heute zu einem großen Teil bereits gelöst sind und auch verschiedene andere Landesgebiete wie z.B. Gröden, dessen Betriebe Leute von auswärts beschäftigen von Waidbruck, von den Gebieten um Waidbruck herum, Lajen, Barbian und dgl. oder Leifers oder auf den Pendelverkehr vom Überetsch herein in die Industriezone nach Bozen und dgl. und es sind bereits Interventionen gemacht worden für kleinere Pendlergruppen, die alle recht zufrieden sind.

Wir möchten nur in diesem Zusammenhang nochmals das Problem vorbringen, daß diese Fahrten in Kleinbussen den Einzelnen doch etwas teuer zu stehen kommen, und daß unter Umständen von der Landesregierung untersucht werden sollte, ob es nicht möglich wäre, zumindest den Teil, den die Mehrwertsteuer ausmacht, noch zusätzlich zu übernehmen. Ich glaube, da wäre sehr vielen wieder etwas abgenommen.

Ein Problem in diesem Zusammenhang stellen natürlich noch diejenigen Arbeitspendler dar, die keinen eigenen Arbeitertransport errichten können, weil sich keine 6 Leute zusammenschließen können. Und es handelt sich dabei meistens um Leute, die aus den entferntesten Gebieten kommen, auf den entlegensten Höfen wohnen von wo aus nicht die Möglichkeit besteht, 6 Leute zusammen an ihren Arbeitsplatz zu befördern und sie deshalb auch nicht in den Genuß der Förderungsmittel des Landesgesetzes kommen können.

Ich muß hier die Landesregierung auffordern und wärmst ersuchen, zu prüfen, was sich für diese Leute tun läßt. Sicher, der zuständige Landesrat für Transportwesen sagt zu Recht: Die Landesregierung ist dafür zuständig, die Dienste zu errichten von denen dann Gebrauch gemacht werden kann.

Aber man muß sich auch eine Lösung einfallen lassen für die, die die Dienste nicht in Anspruch nehmen können, und ich glaube, wenn man eine Untersuchung anstellt, daß dann tatsächlich diejenigen, die den Nachweis erbringen können, daß sie tatsächlich einen anderen Dienst in Anspruch nehmen können, nicht so zahlreich wären und die Landesbilanz nicht sehr in Anspruch nehmen würden.

Ein weiteres Problem und natürlich das primäre Problem überhaupt, stellt für den Arbeitnehmer der Arbeitsplatz selber dar. Aber in diesem Zusammenhang muß ich aner kennend sagen, daß zumindest für die Arbeitsplatzbeschaffung einige Maßnahmen gesetzt worden sind, die sich positiv ausgewirkt haben, denken wir nur an die Erschließung, an die Ausweisung verschiedener Industriezonen

und an deren Erschließung, für die die nötigen Mittel bereitgestellt worden sind und die überhaupt die Voraussetzung für die Ansiedlung und für das organische Wachsen einer Industrie sind. Allerdings muß etwas kritisch bemerkt werden, und zwar, daß man bei der Einweisung der Betriebe etwas vorsichtiger hätte zu Werke gehen müssen, und heute sieht das die Landesregierung auch schon ein und ich glaube man geht daran, hier bestimmte Kriterien zu schaffen, es liegen schon bestimmte Entwürfe vor, um in Zukunft nur mehr die Ansiedlung von Betrieben zuzulassen, die bestimmte Verpflichtungen übernehmen, auch hinsichtlich der Arbeitsplatzbeschaffung. Oder ich verweise etwa auf die Förderung der Industrie schlechthin, der zuständige Landesrat hat erklärt, daß er eigentlich keinen Betrieb kennt, der bisher um eine Unterstützung angesucht hat, dem nicht auch geholfen worden wäre. Und das hat sich sicherlich auch positiv ausgewirkt auf die Arbeitsplatzsituation und schließlich noch auch die Bereitschaft der Landesregierung, den « Medio Credito » zu finanzieren, der ja die Investitionshang für die Industrie ist. In diesem Zusammenhang möchte ich aber darauf verweisen, daß diese Gelder effektiv flüssig gemacht werden müssen, denn heute sind diese 5 Milliarden im Landeshaushalt noch unter den 26 Milliarden vorgesehen, deren Verausgabung noch nicht geklärt ist, d.h. es ist noch nicht geklärt, ob die mit dem Ministerium abgesprochen werden müssen. Infolgedessen müssen diese 5 Milliarden, glaube ich, auf eine andere Weise ausgewiesen werden, bis dieses Problem gelöst wird, und später kann die Sache vielleicht im Zuge einer Änderung am Haushaltsvoranschlag bereinigt werden.

Das Problem des Arbeitsplatzes ist jedoch nicht nur ein Problem der Quantität, sondern vor allem der Qualität und hinsichtlich Quantität, da können wir doch mehr oder weniger sagen, daß wir der Vollbeschäftigung sehr nahe sind, wenn auch die Samstagausgabe der Dolomiten nicht unbedingt ein Spiegelbild der Arbeitsplatzsituation im Lande ist. Wir wissen auch, daß die Südtiroler den Weg zum Arbeitsamt noch lange nicht so leicht finden wie z.B. der italienische Kollege. Das wissen wir ganz genau und die Zahlen, die offiziell zu Buche stehen, entsprechen daher auch nicht immer ganz der Wahrheit, aber immerhin hinsichtlich Quantität brauchen wir uns in keiner Weise zu beklagen, wo wir doch wissen, daß andere Länder, die vielleicht einen besseren Standard als wir erreicht haben, mit diesem Problem nicht fertig werden. Aber das Problem des Arbeitsplatzes hängt auch mit seiner Qualität zusammen und es ist im Bericht des Landeshauptmannes auch die Rede von der sogenannten Sicherheit der Arbeitsplätze. Nun, welche Arbeitsplätze sind sicher? Sicher sind vornehmlich die, die für Fach-

arbeiter geschaffen sind. Eine Arbeit, die heute von einem Hilfsarbeiter ausgeübt wird, die wird morgen eher von einer Maschine übernommen, als die eines Facharbeiters. Da sind wir schon eigentlich bei einem weiteren Problem angelangt, welches natürlich damit zusammenhängt, beim Problem der Ausbildung. Wenn wir heute so an verschiedene Betriebe im Lande herantreten, ob sie bereit wären, Leute anzustellen, dann heißt es meistens, ja sie wären bereit, aber Facharbeiter. Und die Facharbeiter, die haben wir nicht. Wir haben zu wenige. Und weil wir zu wenige haben, glaube ich, müssen wir uns unbedingt mit der Frage der Effizienz und der Wirksamkeit unserer beruflichen Aus- und Weiterbildung auseinandersetzen. Es ist richtig, die Bemerkung des Landeshauptmannes, daß das Gesetz für Berufsausbildung einer Überarbeitung unterzogen werden muß. Aber ich komme nicht umhin, auch irgendwie meine Enttäuschung zum Ausdruck zu bringen, daß einfach erklärt wird, daß man in dieser Legislatur nichts mehr machen kann und daß man das dann künftigen Legislaturen überläßt, das scheint mir doch ziemlich wenig zu sein und nicht zuletzt auch deshalb zu wenig, weil wir uns als Arbeitnehmer in der SVP mit diesem Problem sehr befaßt haben und den zuständigen Stellen ganz konkrete Vorschläge und Unterlagen unterbreitet haben, die heute noch kaum einen Niederschlag gefunden haben. Zum Beispiel wäre es unter Umständen denkbar, daß man auch kurzfristiger verschiedene Dinge ins Auge faßt, deren Verwirklichung nicht unbedingt auf die nächste Gesetzgebungsperiode verschoben werden muß, nämlich daß man sich über die Einführung eines Berufsgrundschuljahres Gedanken macht. Man könnte z.B. in jeder Berufsschule probeweise je einen Vollzeitkurs, etwa für 14jährige, zur Berufsorientierung ab nächsten Herbst bereits einführen. Diese können auf Grund ihres Alters ohnehin sehr schwer eine Stelle bekommen. Dann auch das Problem, daß es nicht ganz einleuchtend ist, daß ein Lehrling 4 Tage pro Woche am Arbeitsplatz und einen Tag in der Woche in der Schule 8 Stunden sitzen muß, besonders auch wenn weite Fahrten dazukommen. Ich glaube organisatorisch dürfte das keine Schwierigkeiten bereiten, nachdem es gleichviel Klassenräume braucht und nachdem einige Heime nicht ausgelastet sind, z.B. gerade das Lehrlingsheim in Bozen, an Blockunterricht zu denken, der heute nur für etwa 25 Prozent der Lehrlinge praktiziert wird.

Notwendig wäre die Erstellung eines Entwicklungsplanes für die Berufsausbildung und zwar inhaltlich, personell, strukturell und finanziell und die Erstellung eines kurz- und mittelfristigen Programmes bereits jetzt, oder zumindest daß man jetzt beginnt. Es wäre auch daran zu denken, daß beispielsweise Berufertüchtigungszentren für die Industrie

und für das Handwerk geschaffen werden, weitere, wie sie für die Landwirtschaft und das Gastgewerbe bereits existieren und man muß in diesem Zusammenhang sagen, daß es eigentlich nicht ganz einleuchtend ist, daß die Gelder der Berufsertüchtigung der Arbeitnehmer zum größten Teil anderen Kategorien zugute kommen. Das Problem der Qualität hängt natürlich auch mit der Gestaltung des Arbeitsplatzes schlechthin zusammen. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Arbeitnehmer etwa 1/3 der Zeit, die er wach verbringt in seinem Leben, an seinem Arbeitsplatz verbringt, und daß es dann für ihn wesentlich ist, daß ihn der Arbeitsplatz befriedigt, daß er ausgefüllt ist, das hängt einerseits mit Ausbildung zusammen und andererseits mit der Beschaffung des Arbeitsplatzes selbst.

Wir müssen sehen, daß in der heutigen Zeit die Menschen einem immer größeren Streß unterworfen sind, wobei die Strapazen, die Belastungen der ursprünglich überwiegend körperlichen Arbeit mehr auf den psychischen Bereich übergehen. Und in diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, daß wir die Gefahren, die auf diesem Gebiet entstehen, nicht übersehen, denn jeder Arbeitnehmer ist nur so lange arbeitsfähig als er gesund ist und die Gesundheit ist besonders für den Arbeitnehmer das höchste Gut, weil er ausschließlich auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist und wenn das einmal als Existenzgrundlage wegfällt, er nicht auf irgendwelche andere Dinge zurückgreifen kann. Infolgedessen ist es ein vitales Interesse, daß seine körperliche und geistige Unversehrtheit erhalten wird. Immerhin haben wir die Zahlen des Unfallinstitutes gesehen und zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir im Lande ca. 15.000 Arbeitsunfälle im Jahr haben, jeder 5. Arbeitnehmer hat demnach mit einem Arbeitsunfall im Jahr zu rechnen. Und wir wissen, daß nicht wenige dieser Arbeitsunfälle auch tödlichen Ausgang haben. Wir wissen, daß das Land nunmehr auch Kompetenzen auf diesem Bereich hat, es ist noch nicht alles abgeklärt, aber man muß sich ernsthaft Gedanken machen und wir haben es auch nicht versäumt, in diesem Zusammenhang Vorschläge zu unterbreiten, und wir sind der Überzeugung, daß wenn es zu einer gesetzlichen Regelung auf diesem Gebiet kommt, daß diese das gesamte Gebiet umfassen muß, das unter den Arbeiterschutz fällt. Also eine organische Regelung des gesamten Arbeitsschutzes, darunter fällt meinerwegen die Gesundheit am Arbeitsplatz, die Unfallverhütung und die Arbeitshygiene. Ich möchte zum Abschluß kommen und unterstreichen, daß die Autonomie für uns nicht nur eine große Verantwortung, also nicht nur Rechte gebracht hat, sondern auch Pflichten, wie ich es vorhin schon betont habe und daß wir vor allem uns überlegen müssen, daß es nicht nur mit der Erstellung von nötigen Infra-

strukturen abgetan ist, meinerwegen Krankenhäuser, Schulen, Industrien, Wohnquartiere, sondern daß es wesentlich auch darauf ankommt, was dort vorgeht, wie sich dieses Leben entwickelt, wie die Leute zufrieden sind, und ob sich die Dinge im Sinne unserer gesellschaftspolitischen Zielvorstellung entwickeln. Vergessen wir nicht, daß die Autonomie nur dann einen Sinn hat, wenn wir im Stande sind, unsere Rechte für uns auszunutzen und diese Autonomie mit Leben zu erfüllen und vor allem wenn wir im Stande sind, es so weit zu bringen, daß sie von allen Bevölkerungsschichten mitgetragen und mitgestaltet wird, vergessen wir dabei nicht die Gruppen, die heute vielleicht noch etwas abseits stehen und vor allem die große Gruppe der Arbeitnehmer und vergessen wir nicht die sozialen Maßnahmen, die noch notwendig sind und von denen ich Gelegenheit hatte, nur einiges zu erwähnen. Vor allem möchte ich aber auch an diejenigen appellieren, welche sich oft mehr oder weniger nur in verbalem Antikommunismus ergehen und ihnen sagen, daß es nicht genug ist, zu schimpfen über Andersdenkende, sondern daß es gilt, Alternativen zu schaffen, und daß es gilt, den Beweis zu erbringen, daß wir das bessere Konzept haben und daß wir besser im Stande sind, mit den Problemen fertig zu werden als beispielsweise die Kommunisten und im Stande sind, dies unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu verwirklichen, und vor allem auch zum Vorteil der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Ich glaube, dann wird es sich auch in Zukunft herausstellen, daß es weiterhin keinen Sinn haben wird in Südtirol, von wirtschaftlichem oder politischem Notstand zu reden.

BERTOLINI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zuerst an den Herrn Präsidenten eine Bitte richten, und zwar jene, er möge mir ein Zeichen geben, wenn ich zu schnell spreche, um der schriftlichen Bitte der Übersetzerinnen sicher nachzukommen, nachdem ich Sie anschau und nicht die Übersetzerinnen, könnte ich ein Zeichen von dort her nicht bemerken. Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde in diesen zwei Tagen des öfteren, darauf möchte ich zunächst eingehen, kritisiert oder bemängelt, daß der Bericht des Landeshauptmannes nur einen Rückblick gebe und keinen Ausblick böte auf die Zukunft.

Nun, ich denke, daß etwa der gegenteilige Vorwurf von den gleichen Bänken gekommen wäre, hätte er den Rückblick nicht gegeben. Wir stehen doch am Ende einer Legislaturperiode, wo es wohl gerechtfertigt ist, auch einmal zurückzuschauen. Es wird auch des öfteren davon gesprochen, daß die Kontrolle über das, was getan wurde, fehlt, daß man es scheut, darüber Auskunft zu geben. Jetzt, da der Landeshauptmann versucht hat, rückblickend aufzu-

zeigen, was getan wurde und auch sagte, was noch fehlt, scheint das nicht recht zu sein.

Nun, so liegen die Dinge, und wahrscheinlich haben die Kollegen von der Opposition nicht allzuviel auszusetzen an dem, was getan wurde und mußten sich wohl darauf beschränken, die Berichterstattung anzugreifen. Ich bin der Meinung, daß am Ende einer Legislaturperiode in Zusammenhang mit der Debatte über den Haushalt, dieser Rückblick einfach richtig war. Nun, unsere Haushaltsdebatte ist vielleicht in besonderer Weise gekennzeichnet von zwei Situationen, auf die ich doch ganz kurz von meinem Blickwinkel her ein wenig eingehen möchte. Einmal die Situation bekannt unter dem derzeitigen Schlagwort « friedliches Zusammenleben der Volksgruppen » und zweitens die parteipolitische Situation - Kommunismus, Antikommunismus. Wenn ich zum ersteren einige bescheidene Gedanken aus meiner Sicht vorlegen darf, dann entstehen für mich eigentlich fast primitive Fragen. Wir haben erst vor kurzem in diesem Hause hier die 30-Jahr-Feier der Autonomie begangen. Das würde für mich ganz schlechthin heißen, seit 30 Jahren befassen wir uns mit Autonomie, versuchen wir, die Autonomie zu ergänzen, zu verbessern, umzusetzen, jenem Ziel zuzuführen, das vor 30 Jahren gesteckt wurde. Jetzt, da der Weg dorthin fast abgeschlossen ist, nicht ganz, aber fast, daß also autonome Befugnisse unserem Volk zustehen, jetzt geht der Jammer los. Es ist doch die Frage zu stellen, wer hat denn 30 Jahre lang versäumt, sich in diese Situation hineinzuarbeiten und hincinzulegen? Warum wird jetzt nur noch von Engpässen, Notstandssituationen und ähnlichem gesprochen? Vielleicht weil wir dort angelangt sind und besonders die italienische Volksgruppe nicht ganz in der Lage ist, die Situation zu bewältigen. Warum haben wir nicht früher danach gefragt: Was kann auf das hin getan werden? Seit 1972 haben wir dann auch das Paket. Es fehlen nur noch wenige Durchführungsbestimmungen, die noch zu verabschieden sind, es hat doch fast kaum Zweifel gegeben, zumindest in den letzten Jahren, daß wir daraufhin arbeiten wollen, mit allen Kräften, um den Weg bis zu Ende zu gehen. Das ist immer deutlich geworden. Hat man wirklich nicht glauben wollen und nicht einsehen wollen, daß der Weg bis zu Ende gegangen wird und steht man deswegen jetzt daneben und spricht eben nur von Notsituationen? Hat man nicht rechtzeitig daran gedacht, daß Privilegien, die in einer traurigen Zeit in unserem Lande aufgebaut wurden, doch ganz klar abgebaut werden müssen, wenn wir Gerechtigkeit für alle Volksgruppen in gleichem Maße haben wollen und unsere Volksgruppe, die deutschsprachige, und die ladinische schützen wollen und gesund in die Zukunft führen wollen. Ich meine sicherlich, wenn man

sich nicht darauf einstellt, irgendwann etwas abgeben zu müssen, dann sind das natürlich Opfer, die man im Augenblick nicht erträgt und dann kann man das auch aufspielen und aufputzen und von nichts anderem mehr sprechen als von den bösen Situationen, den Engpässen, der politischen Katastrophe beinahe, die natürlich die Südtiroler Volkspartei hervorgebracht hat. Dann natürlich muß man vielleicht auch davon reden, wenn man nicht das andere in Betracht gezogen hat, daß also dieser Staat angegriffen wird, daß also nur noch Agitationen gegen diesen Staat da sind. Ich glaube, wenn wir doch mit einiger Bescheidenheit alle gemeinsam diese auch geschichtliche Situation betrachten wollten, dann müssen wir sagen, die Zeit war vorzusehen, Jammer heute ist sinnlos. Natürlich sind wir Südtiroler und wir von der SVP die Bösen und ist der Staat anscheinend der Gute. Niemand spricht davon, daß diese Bösen doch auch einiges erkämpft haben und einiges gebracht haben, ohne das wir nicht mehr leben wollten und für mich entsteht ganz einfach die Frage, ob es wirklich nur für die Erhaltung dieser Volksgruppe mit ihrer Kultur einen Vorteil brachte, das Paket zu Ende zu führen, oder ob denn nicht auch die hier lebenden Italiener in den Genuß von Vorteilen kommen. Wollte man die Situation unseres Landes auch wirtschaftlichsozial vergleichen mit der Situation eines gesamten Italiens, dann dürften sie eigentlich doch in etwa dankbar sein, daß sie hier leben dürfen, wo es diese Autonomie gibt. Wenn es Agitationen gibt, ich habe besonders in den letzten Tagen versucht darüber nachzudenken, dann kommt mir vor, diese werden von anderen Seiten her aufgestachelt und die Unruhe und die Unsicherheit bringen nicht wir in das Volk, sondern das bringen doch andere in das Volk. Plötzlich spielen sich natürlich auch die italienischen Kommunisten als die Verfechter und Erhalter der Autonomie auf. Sie haben auch damals dafür gestimmt, das mag sein, aber wie hier schon angedeutet wurde, haben sie bisher nicht sehr viel dazu getan, daß dieser Weg gut besritten werden konnte. Und nun möchte man, wenn die SVP berechtigterweise gegen den Kommunismus in unserem Lande versucht anzukämpfen, ihr die Worte des Herrn Gouthier « attacco all'autonomia » vorwerfen. Da ist doch sehr fragwürdig. Ich darf aber schon sagen, jeder hat das Recht, dialektisch hier zu argumentieren, jeder soll aber auch daran denken, daß nicht jeder wiederum diese Dialektik als bare Münze nimmt, sondern selbst im Stande ist, die Dinge zu beurteilen von einer anderen Sicht her. Es soll uns nicht zugemutet werden, obwohl wir manchmal nur als die Reimmichlkalenderleser herausgetan werden, daß wir nicht doch ein bißchen mehr Intelligenz besäßen, um hinter diese Dialektik ganz klar hinein-

zuschauen. Man mag sie uns vorgeben, wir kaufen sie aber nicht ab. Ich glaube, auch hiezu kann man nicht nur kritisieren, sondern überall dort, wo man kritische Gedanken ansetzt, sollte man auch bereit sein, einen Lösungsvorschlag zu machen und in diesem Zusammenhang glaube ich, können wir nicht umhin, zu sagen, niemals hilft die Gehässigkeit weiter, auf keiner Seite, niemals hilft sie unserem Volk und allen Sprachgruppen, die hier zusammenleben, weiter für ihren kulturellen und sozialen Bestand. Die Achtung voreinander, die Achtung vor der Sprache, die Achtung vor der Kultur, die Achtung vor Sitte und Brauchtum eines jeden, glaube ich, ist eine Möglichkeit, dorthin zu gelangen, wovon andere nur schlagwortartig sprechen, zum friedlichen Zusammenleben in Südtirol. Es wird auch richtig und notwendig sein, sich einzuordnen in Bestimmungen, die uns die Autonomie gibt, weil wir sie als eine Grundlage für das Fortbestehen dieser Volksgruppen erkannt haben, und zwar ein Einordnen, das dann jedem zugute kommt und das auch bessere Lebensbedingungen oder -chancen für alle bringt. Aber sich « einordnen » und ähnliche Worte hört man heute nicht mehr gern. Sie entsprechen nicht dem Trend, den man so gerne global mit Fortschritt umschreibt. Sich einordnen hat auch etwas damit zu tun, von sich selbst abzugeben, damit der andere neben einem leben kann. Ich glaube aber auch, daß das Politische eminent wichtig ist. Und sich einordnen bedeutet noch kein Aufgeben der Dinge, sondern akzeptieren und anerkennen und leben lassen. Das erfordert sicher auch Opfer, und wenn nun im Augenblick eher die italienische Volksgruppe sich darin ergeht, daß man hier fast nicht mehr leben kann, weil man die Doppelsprachigkeitsprüfung machen muß, weil der Proporz die Stellen bestimmt, dann darf ich wohl auch ruhigen Gewissens sagen, daß auch unsere Volksgruppe mitzutragen hat und auch für unsere Leute, für die Leute unserer Volksgruppe, wenn sie vom Berg herunterkommen, es nicht so leicht ist, diese Prüfungen zu bestehen. Und es wird eben nicht zu vermeiden sein, als daß alle hier ihre Opfer bringen müssen, damit wir das gesichert haben. Aber auch das ist wiederum etwas, was man nicht gerne tut und nicht gerne hört, heutzutage, und man vergißt dabei, daß diese Möglichkeiten, die vielleicht eher im geistigen Bereich liegen als im täglich politischen, brauchbar zu sein scheinen, daß sie aber auch eine Bereicherung eines jeden von uns in diesem Lande darstellen und diese Bereicherung sollten wir auch vielleicht mal ins Auge fassen. Wir als Politiker haben sicher weniger die Aufgabe, eine Hetzkampagne zu führen, als vielmehr sachlich uns auch auseinanderzusetzen mit den Dingen, und sachlich auch zu argumentieren, damit jeder für sich in seiner Kultur geschützt ist und leben kann. Ich rede

von Zusammenleben und jetzt fällt mir wiederum ein, daß nun auch hier die Kommunisten ihre Weisheit bei uns feilgeboten haben und dass Herr Gouthier eben als beispielhafter Autonomist aufgetreten ist und es aussieht, als ob seine Partei dieses friedliche Zusammenleben bewerkstelligen wollte. Ich befinde mich jetzt fast auf der Linie des « Dergschaffens » wie wir so sagen. Aber mit einem ganz wichtigen Unterschied und es liegt mir daran, diesen Unterschied hervorzuheben, nämlich den Unterschied zwischen den einen, die das friedliche Zusammenleben propagieren mit der roten Ideologie und dem wie ich es meine, nämlich das Zusammenleben auf einer weltanschaulichen Grundlage und zwar auf der unseren, auf jener auch einmal des christlichen Weltbildes. Und je mehr man nachdenkt über diese Dinge, desto mehr kann man feststellen: wir brauchen den Kommunismus nicht, um diese Grundlage zu haben. Im Gegenteil, wir haben sie vielleicht auf einer viel menschlicheren Weise fort- und weiterzutragen. Damit wäre ich bei der ideologischen Auseinandersetzung, die uns hier in diesem Lande jetzt naheückt oder an den Leib geht. Wir haben es auch wiederum aus dem Munde des Herrn Gouthier gehört, wie sich die Dinge präsentieren und man könnte sagen, mit Katzenpfötchen kommt er zunächst daher, oder mit feinen Pantoffeln, so wie die « Sarnerpatschen », die man gern hinterm Ofen anzieht, und wirft uns vor, wie sehr wir das Volk ins Verderben treiben, beinahe wie sehr wir die Autonomie gefährden, wie sehr wir die Unruhe säen, wie sehr wir die Bevölkerung in Angst treiben. Wir von der Mehrheit natürlich, von der Südtiroler Volkspartei, müßten der Bevölkerung in ihren Unsicherheiten entgegenkommen usw. und so fort. Ja, wer bringt die Unsicherheit und die Angst? Die Kommunisten dürfen das natürlich, und ich zitiere wieder « scuotere le attenzioni », d.h. wachrütteln oder so etwas, und zwar scharf.

Sie würden damit nicht Angst bringen, nur wir, die wir versuchen, auch einmal gegen eine Ideologie zu sprechen oder zu handeln, wir bringen Angst, das ist doch eigenartig. Wir säen die Angst durch das Wachrütteln. Die Kommunisten, was tun die, ich weiß es nicht. Oder etwas anderes ist mir aufgefallen, nämlich er sagte irgendwo, alle Kräfte sind respektiert in unserem Lande, alle Kräfte braucht es und wenn ich mich nicht täusche, sagt er dann auch « anche le forze religiose », die die Kommunisten als « grande equilibrio nella nostra Provincia » sehen, auch wieder interessant für mich festzustellen. Hätten wir von den « forze religiose come grande equilibrio » in Südtirol gesprochen, dann wären wir sicher die verlorensten Konservativen gewesen, mit denen nicht mehr zusammenzuleben ist, bestimmt. Aber die Kommunisten dürfen es ja sa-

gen. Das sind die Katzenpfötchen, die ich vorher gemeint habe. Ich will nicht vergessen haben, hier dazuzufügen, daß im Zusammenhang mit dem Kindergarten-gesetz, wo wir doch ein bißchen diese « forze religiose », in diesem Fall die Ordensfrauen, schützen wollten, ganz andere Töne angeschlagen wurden. Noch einmal die Frage nach der Dialektik. Wir kaufen sie nicht ab. Und ich hoffe nur, daß sie auch das Volk draußen nicht abkauft, und deswegen liegt mir daran, hier davon zu reden. Es geht immer um Begriffe wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie. Es mögen eher philosophische Begriffe sein, aber sie werden in die tägliche Politik eingebaut, sie werden dorthin übertragen mit viel Recht und in allem, was uns in dieser ideologischen Auseinandersetzung begegnet, finden wir diese Begriffe und manchmal wohl sehr stark verkürzt in ihrem Inhalt. Gleichheit wird der Gleichmacherei gleichgestellt, Gerechtigkeit sieht man nur noch als Ableitung von Gleichmacherei, mit gleichviel für jeden usw. das ist dann Gerechtigkeit. Man kann über Gerechtigkeit ganz andere Überlegungen anstellen. Freiheit ist natürlich etwas, jeder kann tun, was er will. Und nun komme ich schon gleich zu einem Widerspruch, wenn man Gleichheit zur Gleichmacherei machen will, und dann noch Gerechtigkeit damit fordert, dann kann man feststellen, je mehr Gleichmacherei in diesem Sinne sich durchsetzt und die Gerechtigkeit nicht mehr differenziert wird, um so weniger gibt es Freiheit für den Einzelnen. Eine Feststellung, die nicht von mir stammt, die man aber durchdenken kann und die nicht leicht widerlegbar ist. Je « gleicher » wir den Menschen haben wollen, um so enger wird die Freiheit. Die geistigen Güter, die Werterkenntnis, die Fähigkeiten und Anlagen für verschiedene Entfaltungen kommen dann zu kurz, und wenn das Freiheit sein soll, die wir in Zukunft bei uns als Grundwert erkennen wollen, dann können wir nicht mehr ja sagen. Aber da liegt der Hund begraben, und es stellt sich dann die Frage, ob in dieser Gleichheit und in der so gesehenen Freiheit, und anders kann sie nicht gesehen werden, Gerechtigkeit und Demokratie möglich ist. Sie ist dort nicht mehr möglich, wo Gleichheit perfekt geschaltet ist. Demokratie ist so lange möglich, als das nicht geschieht. Und linke Ideologien können so lange von Demokratie sprechen, so lang eben diese Gleichschaltung nicht vollends gelungen ist, aber dann nicht mehr. Also ist das nur ein Weg dorthin und das sollten wir uns ganz klar vor Augen halten, auch in unserer Gesetzgebung, auch in der Verteilung unserer Mittel. Gouthier sprach ganz richtig vom langen Weg, der hier noch zu gehen sei, und sie haben Geduld, die roten Ideologen, und wir sollten die Zeit nutzen, während sie Geduld haben. Es wird uns einfach nicht zu verwehren sein, so

hoffe ich wenigstens, und wir lassen es uns nicht verwehren, daß wir uns nach unserem Weltbild für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen und daß wir unsere Kultur und unsere Volksgruppe in diesem Sinne weiterführen möchten und weiterführen und nicht den anderen das Feld überlassen. Nun, meine Damen und Herren, darf ich vielleicht auf einige Gebiete eingehen, die vielleicht etwas konkreter mit diesem Haushaltsplan zu tun haben.

Einmal komme ich nicht umhin, etwas über eine effiziente Verwaltung zu sagen, wie ich es meine und ich glaube, daß ich auch hier wiederum die vorhin dargelegten, zumindest für mich, grundlegenden Aspekte mit durchblicken lassen kann, denn wir können niemals diese Dinge vom Konkreten trennen. Die effiziente Verwaltung, nach der sehr viel gerufen wird, und die wir brauchen, hängt sicher auch von der Personalfrage ab. Sehen Sie, auch hier können wir überall wiederum die Gleichschaltungen beobachten, die Gleichmacherei. Wir haben sicher Führungskräfte unter unserem Landespersonal, die den Managern außerhalb dieser Institution in nichts nachstehen, die gerne bereit sind, in idcaler Weise und Form Zeit einzusetzen, Kräfte einzusetzen, um zu Gunsten dieser Verwaltung zu arbeiten. Und die Frage entsteht dann sicherlich: Werden diese Leistungen entsprechend honoriert? Und ich möchte gleich unter Honorierung auch feststellen, daß es sicher jene über die finanziellen Mittel gibt, aber daß es auch eine Honorierung durch Anerkennung gibt, oder vielleicht, wenn es solches Personal in unserer Verwaltung auch gibt, das nicht gerade unbedingt den Forderungen und Pflichten entspricht, daß man dann einmal ein Wörtchen sagen müßte, damit diese Unterschiede doch auch noch zu Tage treten und vielleicht auch von dort her eine Motivation da ist, Verantwortung zu tragen, Leistung zu erbringen. Es braucht sicherlich innerhalb dieser Frage der Verwaltung, die vom Personal abhängt, die Frage nach der Mitarbeiterführung in unseren Ämtern. Ich möchte hier nicht gerade ganz im Sinne des Papiers vom ASGB verstanden werden, als ob allein die Assessoren diejenigen wären, die arrogant sind. Ich meine, in unserer Verwaltung kommt der Beamte, eben wegen der Vielzahl der Bediensteten weniger oft an den Assessor heran als die Führungsbeamten. Es wird aber auch einen Führungsstil brauchen, in dem es Anerkennung gibt, und andererseits auch einmal gesagt wird, wo etwas besser zu machen wäre, so daß Verantwortungsbewußtsein geweckt und auch die Leistung anerkannt wird. Ich weiß, daß man hier einen guten Beginn gemacht hat, schon vor Jahren, in der Mitarbeiterführung und Ausbildung. Ich habe selbst noch damals einen solchen Kurs mitgemacht. Ich war froh darüber. Ich hoffe, daß diese Beamten-schulung, diese Mitarbei-

terschulung in verstärktem Maße aufgenommen wird, damit innerhalb der Beamtenschaft auch das entsprechende Klima entstehen kann. Aber gewiß auch braucht es eine klare Sicht, wie man besonders mit dem Führungspersonal umgeht. Wir wissen leider, daß die einen oder anderen abwandern in die Privatwirtschaft, die mehr bietet. Das sind schwerwiegende Fragen und vielleicht kaum lösbare, weil das Land eben mehr nicht bieten kann. Aber ich würde doch der Landesregierung ans Herz legen, diese Frage gründlich zu überlegen und möglichst Auswege zu suchen, wobei ich immer noch dafür wäre, daß nicht allein der Grad der Einstufung immer den letzten Ausschlag gibt für die Honorierung und Bezahlung, sondern einfach auch einmal die Verantwortung, die der einzelne jeweils zu tragen hat.

Wie das sein kann in unserem System, ist für mich selbst eine Frage, aber zumindest gesagt muß es werden. Man ist sicher moderner geworden, indem man Titel abgeschafft hat, auch im Ausland, aber irgendwo lag darin eine gewisse Motivation, sich für etwas einzusetzen. Vielleicht ist auch zu fragen, wie die Rationalisierung der Büroorganisation in unseren Ämtern effizienter werden könnte, d.h. die Rationalisierung besser eingesetzt würde, um die gesamte Verwaltung effizienter zu gestalten. Wir wissen, wie oft man stundenlang auf dem Weg sein kann, telefonisch oder wirklich per Fuß, um einem Akt nachzugehen oder zu finden, wo er liegt. Das kann einen ganzen Tag lang am Telefon kosten. Suchen wir doch eine Möglichkeit zu rationalisieren, ebenso, daß solche Vorgänge einfacher gestaltet werden, abrufbar sind, Zeit gespart wird, die wieder in effizienter Arbeit besonders von Führungskräften und Sachbearbeitern eingesetzt werden können. Es ist doch etwas prekär, wenn ein Führungsbeamter einen Tag lang einem Akt nachlaufen muß. Er könnte in dieser Zeit wesentlich Wichtigeres entscheiden oder tun. Freilich, mit der Rationalisierung darf ich noch dazusagen, sollte niemals die Gefahr bestehen, daß dann der Arbeitsplatz nicht mehr menschlich ist, denn auch diese Gefahr bestünde. Rationalisieren der Büroorganisation nur bis zu jenem Grad, daß der Mensch seine Kräfte besser und verantwortungsbewußter einsetzen kann. Wir wissen, daß die Beamten und unser Personal unentbehrlichen Dienst leisten für die gesamte Bevölkerung. Das muß uns ganz klar sein, und daß wir vielleicht auch nicht Politik effektiv umsetzen können in die Tat, wenn das Personal nicht mit uns arbeitet, und wenn es nicht motiviert wird, wirklich seine Kräfte voll und ganz einzusetzen. Eine gutfunktionierende Verwaltung, glaube ich, ist einer der besten Beiträge auch zum sozialen Frieden, von dem wir doch alle überzeugt sind, daß wir ihn brauchen.

Zum Kapitel Landwirtschaft möchte ich einige Gedanken sagen, die vielleicht nicht zu oft bei uns überlegt werden. Nämlich ich denke da, gerade angeregt durch Gespräche mit Bäuerinnen und Frauen aus den Berggebieten, an die Aufgabe, die die bäuerliche Familie da oben in ihren Wohnstätten für die Gesellschaft leistet. Ich möchte das im Zusammenhang aufwerfen, weil doch immer noch und immer wieder, heuer anscheinend etwas abgeschwächter und nicht so vehement, der Landwirtschaft ein allzu hohes Beitragsgeld vorgeworfen wird. Wenn wir uns doch überlegen, daß gerade in diesen Häusern und bei diesen Familien, doch im vermehrten Maße noch der alte Mensch seinen Platz hat und seinen Platz bewahren kann, daß vielleicht gerade in diesen Bauernhäusern, vielleicht das Kind noch seinen Platz hat, wo es eben hingehört, dann ist das auch nicht zu vergessen, daß das Dienste sind, die in dieser sozialisierten Gesellschaft sonst die Öffentlichkeit übernehmen müßte. Von dort her allein, glaube ich, liegt auch eine soziale Verpflichtung da, nicht nur die rein wirtschaftliche, diesen Umstand wenigstens zu sehen und mit in Betracht zu ziehen, daß Generationen in diesen Häusern noch zusammenleben. Und ich glaube, wir können nichts Besseres für die Gesellschaft wünschen. Wenn wir hierzu Wissenschaftler aus der Soziologie oder Psychologie hören, dann wissen wir auch, daß das die einzige humane Form ist, gemeinsam zu leben, das Zusammenleben der Generationen, dann glaube ich, müssen wir das einfach sehen und wo bäuerliche Familien von der Umgebung her diese Möglichkeit haben, daß wir sie anerkennen, und von da her auch eher bereit sind, diese Wohnhäuser dort zu sanieren, Hilfe zu bieten, damit sie saniert werden können. Aber die bäuerliche Bevölkerung braucht auch in diesem Zusammenhang immer wieder die Möglichkeit, sich auszubilden und sich weiterzubilden, sie braucht die Möglichkeit, sich beraten zu lassen und wir brauchen in diesem Zusammenhang, um nicht allein das Wirtschaftliche zu sehen, sondern auch das Kulturelle und Soziale, entsprechende Fachkräfte, die hier mit der bäuerlichen Bevölkerung arbeiten. Wir brauchen auch die Hilfestellung von der Schulung und von der Beratung her, für die Bäuerin und für den Bauern, damit sie diese Aufgabe richtig erkennen und einschätzen und daß sie sich auch dieser Aufgabe bewußt werden. Ich habe bei vielen Kursen und Seminaren für diese bäuerliche Bevölkerung mitgearbeitet, und es war für mich auch immer wieder eine Genugtuung feststellen zu können, daß die Lehrer oder die Weiterbildner in diesen Kursen nie vergaßen, diese Aspekte der bäuerlichen Bevölkerung aufzuzeigen, daß sie darüber eben einen Beitrag leistet für unsere Gesellschaft, nicht nur als Erhalter der Land-

schaft, sondern vielleicht auch ein bißchen als Erhalter einer geistigen Landschaft. Darum sollten wir die Mittel, die in die Landwirtschaft fließen, auch von daher ein wenig überlegen und beurteilen. Ich möchte auch noch im Zusammenhang mit diesen Überlegungen zur bäuerlichen Familie ganz kurz zur anderen Familie ein Wort sagen. Wir wissen, daß auch hier die Ideologien uns Dinge unterschieben, die wiederum auf Katzenpfoten kommen und die auf die Zerstörung der Familie hingehen. Man will nirgendwo mehr die Frau, lassen Sie es mich mit einem alten Ausdruck sagen, als die Seele der Familie sehen und anerkennen. Hier vielleicht, es sagte schon die Kollegin Franzelin einiges über die Hausfrau, müssen wir einfach wiederum unsere Überlegungen überprüfen. Mir ist ganz klar, daß manche Familien auch das Einkommen der Frau zum Teil brauchen. Nicht immer voll und ganz, das darf auch gesagt werden. Somit meine ich, müßten die Möglichkeiten gesucht werden, wie die Frau sowohl Haushalt als auch Familie bewältigen kann und etwa, wo notwendig, ihren finanziellen Beitrag zum Erhalt der Familie mit verdienen könnte. Ich denke da an dieses neue Arbeitsrecht, das in Rom verabschiedet wurde, also überhaupt in diesem Gedankengang nichts offen läßt, das eben glaubt, die Gleichberechtigung der Frau würde ausschließlich fast — so hat man den Eindruck —, damit kommen und belegt sein, wenn sie in ganz gleichem Maße in den Arbeitsprozeß eingeschaltet wird, für jede Lebenszeit und Lebensphase wie der Mann. Man findet dort nirgendwo eine Möglichkeit, die es offenließe zu fragen, wie steht es etwa mit Teilzeitbeschäftigung für die Frau, mit geregelter Heimarbeit, oder mit Wiedereintritt in das Arbeitsleben. Mir scheint hier wiederum ein Tor geschlossen worden zu sein, mit diesem neuen Arbeitsrecht. Meine Frage und auch meine Bitte, daß wir eventuell suchen, wo auf Landesebene in unseren Kompetenzen Möglichkeiten auffindbar sind, daß die Frau, wohl wo notwendig, einem Verdienst nachgehen kann, aber vor allen Dingen noch Zeit bleibt, für die Familie und für den Haushalt dazusein. Wenn man sonst von Drogen spricht und von allen Problemen der Jugend, dann müssen wir dort zurücksuchen, wo die Ursachen sind, daß eben der Mensch in der Familie fehlt, der für den anderen da ist. Sicherlich wird es unsere Aufgabe sein, zu fragen, wenn wir solche Dienste verlangen, wie sie honoriert werden, ob über Kindergeld oder Verschiedenes andere verfügt wird, da bin ich voll einverstanden, aber ich möchte noch einen Aspekt aufzeigen, der seltener erwähnt wird. Gibt es nicht auch eine moralische Aufwertung, die wir brauchen? Und gibt es nicht ganz einfach auch noch heute die Möglichkeit zu denken, auch von der Frau her, ich

werde gebraucht? Müssen wir wirklich jeden Dienst nur noch mit materieller Anerkennung aufwerten? Oder ist vielleicht genau das die geistige Verarmung, die wir produzieren? Und weil die geistige Verarmung aus diesem Grund um sich greift, bleibt nur eines übrig: materiell aufzuwerten und der Teufelskreis ist geschlossen. Vielleicht müssen wir auch immer noch sagen, bei aller Überzeugung, daß der Familie in der Richtung geholfen wird, wir sollten es nicht versäumen, auch als Politiker, zu fragen, ob nicht auch nur einmal eine Anerkennung und moralische Aufwertung notwendig ist, ob nicht gesagt werden soll, daß die Frau in der Familie ihren Platz hat. Ein anderes Problem, das sicher uns alle sehr, sehr angeht, ist die Für- und Vorsorge für alte Menschen. Auch hier sprechen wir viel von Humanität, von Menschlichkeit, von sozialem Empfinden, und wir leiten alle unsere Entscheidungen von diesen Grundsätzen ab und das ist gut. Es ist nur doch manchmal auch die Frage zu stellen, wie weit wollen wir uns mit diesem Gerede von der Humanität und von sozialem Empfinden, persönlich entschuldigen, oder rechtfertigen, daß wir nicht selber alle einzeln, in den Prozeß für den anderen da zu sein, uns einschalten. Und vielleicht ist manchmal das auch eine gute Rechtfertigung, indem man alles tut und viel Geld ausgibt dafür, um uns vor persönlichem Einsatz vielleicht ein bißchen zu schützen. Vielleicht haben wir auch hier schon gewisse materialistische Hintergründe angenommen, die oftmals, auch in getarnter Form von Ideologien herkommen, die wir nicht unbedingt wollen, aber von dort her entnimmt man sie etwas bedenkenlos. Es ist immer die Frage, ob wir uns in das Bezugssystem dieser Menschen, dieser alten Menschen, wirklich hineinfinden, und vielleicht manchmal einen Menschen auch dort besser beließen, wo er ist, mit unserem Einsatz, als daß wir ihn vielleicht in das besthergerichtete Altenheim geben. Das heißt jetzt nicht, daß ich gegen solche Dinge sprechen möchte. Ich wollte nur nicht versäumt haben aufzuzeigen, daß es auch voll mit Menschlichkeit zu tun hat, wenn man Menschen dort beläßt, wo sie ein Leben lang waren, und daß wir unser Gewissen immer befragen sollten, bevor wir Menschen von der Familie weg abschieben irgendwohin. Das geschieht in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Ansonsten hat das Land natürlich die Sorgspflicht, um allen das Wohlergehen zu sichern, und die Sorgspflicht des Landes können wir nicht leugnen, im Gegenteil, wir müssen sie einfach sehen. Nur darf der Ruf nach dieser Sorgspflicht uns nicht andererseits wiederum verblenden und uns glauben lassen, nur das eine wäre richtig. Mir scheint gerade auch in der Fürsorge für den alten Menschen und für den Kranken kann man nur weiterkommen und Wohlfahrt wirklich üben, wenn wir den eigenen

Einsatz sehen, und dann auch noch den Einsatz der öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen. Nur abschieben auf die öffentliche Hand führt nicht nur zum Wohlfahrtsstaat, sondern eben zum Sozialstaat, in dem wir uns nicht wohler fühlen werden. Und hiezu besteht vielleicht wirklich auch immer wieder die Frage: Altersheime brauchen wir und wir müssen versuchen, sie denen zu schaffen, die sie unbedingt brauchen, weil sonst niemand da ist.

Aber fragen wir auch immer wieder danach, wo sollten alte Menschen einmal bleiben, wo sie sind? Dann entsteht die Frage der Altenfürsorge, die natürlich von uns allen zusammen getragen werden muß und ich meine, daß viel mehr die offene Altenfürsorge ihren Platz haben muß, als vielleicht nur die Altersheime. Wenn wir nun bauen und wenn wir das einrichten, ist ganz klar, daß wir es nach modernen Gesichtspunkten tun wollen, daß wir es gut tun wollen. Aber so wie in vielen, vielen Dingen, dürfen wir auch hier die Frage stellen, müssen es dann immer die teuersten Dinge sein oder goldene Käfige? Ich glaube, da tun wir vielleicht weder denen etwas Gutes, die hinein müssen, noch der gesamten Öffentlichkeit, die das Geld dafür aufbringen muß. Ich glaube auch hier ist Maßhalten zeitgemäß geworden.

Zum Problem der behinderten Kinder möchte ich nur einen Gedanken aufwerfen, weil ich weiß, wieviel es uns Sorge macht. Ich versuche zu verstehen, ich kann mir vorstellen, welch große Opfer Eltern behinderte Kinder bringen und wir haben es gestern vom Abg. Neuhauser gehört und auch das wiederum ist eine Schicht unserer Gesellschaft, für die wir sorgen müssen. Für mich ist nur ein Problem schwerwiegend, nämlich die Frage nach der Integration in den Kindergärten und Schulen. Hier meine ich, müssen wir wiederum etwas in den Vordergrund stellen, was leider nicht mehr ganz dazu sein scheint, wir brauchen nur die neueren Überlegungen zur Notengebung in der Schule ein bißchen betrachten, obwohl ich nicht ganz dagegen bin, nämlich wo bleibt die Begabungsförderung des einzelnen Kindes, und zwar sehen wir die, ordnen wir die richtig ein, und wollen wir die ernstlich dem Kind zu gute kommen lassen? Denn dieses Kind soll später ein leistungsfähiger Mensch sein, je nach seinen Fähigkeiten, sonst fürchte ich mich davor, wenn ich 70 oder 80 Jahre alt bin und wenn dann die regieren, die wir heute in ihrer Begabung nicht zu fördern gewillt sind. Also die Begabungsförderung, sei es des Behinderten in seinen verschiedenen Situationen, in seiner verschiedenen Fähigkeit, daß wir auch da nur human sind, wenn wir versuchen, daß sie wirklich gefördert werden können, und ich zweifle, ob bei Behinderten Begabungsförderung erzielt wird, wenn sie nur mitten unter den Gesunden

sind, oder denken wir an die Begabungsförderung der gesunden Kinder. Ob die möglich ist, wenn das andere daneben alle Rücksicht braucht, und ich glaube einfach, daß wir hier sehr differenziert denken müssen und daß wir nicht wiederum im Sinne einer Gleichmacherei und einer falschverstandenen Gerechtigkeit, einer falschverstandenen Freiheit für den Einzelnen die Dinge wirklich von hinten aufzäumen. Anderenfalls frage ich mich, wie weit wir notwendigerweise in 10 Jahren oder in 5 Jahren bereits beginnen werden, zu korrigieren und aus der Korrektur nicht mehr herauskommen. Die Förderung der Behinderten muß uns ein Anliegen sein, aber wir sollten auch an die Förderung, die Begabungsförderung der gesunden Kinder denken und wir müssen auch an die Situation des Kindes, seine seelische und geistige Verfassung berücksichtigen, wenn wir behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammenwürfeln. Wir Erwachsene können vieles mit Verstand und mit Gemüt ertragen, aber ein Kind muß erst werden und dem dürfen wir nicht zumuten, was wir richtig finden, ohne uns wiederum in diese Bezugssysteme des Kindes und des Jugendlichen hineinzudenken, und von dort aus die Dinge auch politisch richtig zu entscheiden. Ich wünsche, daß die Gesetzgebung demnächst doch in etwa auch diese meine bescheidene persönliche Meinung mitberücksichtigt und bedenkt. Ansonsten könnten wir doch irgendwann feststellen, alles was wir an Materiellem hineingeopfert und hineingebuttert haben, war verfehlt.

Noch ein Wort zur Schule und Kultur. Wir kommen nicht umhin, doch alle Jahre ein bißchen davon zu reden. Und ich muß alle Jahre die gleiche Feststellung machen: über kein Thema wird hier in diesem hohen Haus so wenig gesprochen, wie über Kultur, ausgenommen, wenn es um ein Gesetz geht, wo man dann das Private und vieles mehr in den Boden reden muß. Ich glaube, ein Volk verarmt zweifelsohne, und geht zu Grunde, wenn es nur die wirtschaftlichen Errungenschaften hochspielt, wenn es nur auf das wirtschaftliche Wohlergehen bedacht ist und wenn es nur den Lebensstandard von der wirtschaftlichen Seite her betrachtet. Sie mögen mir sagen, ich bin altmodisch oder was immer, ich bin aber davon einfach überzeugt und man soll ja davon auch reden, wovon man überzeugt ist. Die Schulbauten sind für die nächste Zeit gesichert über das Schulbauprogramm. Ich glaube, darüber können wir alle sehr glücklich sein, und das allein schon ist eine Tat der Landesregierung, die ihr das vollste Lob und die vollste Anerkennung bringen soll, weil sie es doch geschafft hat, in kurzer Zeit, früher konnten wir ja noch nicht so viel tun auf diesem Gebiet, dieses Problem positiv zu Ende zu bringen, wenn zumindest einmal die Planung als ersten konkreten

Schritt angesehen werden kann. Etwas anderes vielleicht macht uns doch mehr zu schaffen, nämlich die Entwicklungen in unserer Schule als Stätte der Lehrtätigkeit und Erziehung, in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus. Sicher dürfen wir hier von der Pluralität der Meinungen sprechen und sicher dürfen wir die Pluralität der Meinungen respektieren und berücksichtigen. Aber man kommt nicht umhin zu fragen: Liegt die Pluralität der Meinungen als Recht nur auf seiten der Schule, der Lehrtätigen, oder liegt es auch auf der Seite der Eltern und könnte diese Pluralität der Meinungen nicht in wirklich guter Zusammenarbeit und in gegenseitigem Respekt zwischen Eltern und Lehrer, vielleicht viel effizienter in der Erziehung und in der Lehrtätigkeit sich niederschlagen. Es ist das ein Problem freilich, das lange Diskussionen erfordern würde, über das viel zu sagen wäre und das vielleicht hier nicht ganz am Platz ist, aber trotzdem möchte ich dazu auffordern, daß in allen Gremien und überall dort, wo es möglich ist, daraufhin gearbeitet werde, daß Eltern und Lehrkräfte mit mehr Gemeinsamkeiten, mit mehr Achtung voreinander und vor den Fähigkeiten des einzelnen, aber auch der jeweiligen Positionen der einzelnen ihre Aufgabe erfüllen. Wir wissen, daß gerade in der letzten Zeit die Wahl der Schulgremien, also die Beteiligung der Eltern an der Wahl der Schulgremien, wesentlich nachgelassen hat. Wenn man ein bißchen herumfragt warum, dann lautet die beklemmende Antwort von den Eltern her: ja was haben wir denn schon zu sagen, ja was soll das, warum sollen wir drinnen sitzen, es geschieht dann doch so wie es eben geschieht, wir können fast nicht mit reden, weil dann müßte man sich noch fragen, ob es nicht der Schüler, mein Kind, in der Schule dann zu büßen hätte. Das sind Dinge, die uns sehr bedenklich stimmen müssen, bei allem Respekt vor den Lehrern und ihrer Tätigkeit, muß man doch fragen, suchen sie alle gemeinsam wirklich den Boden einer guten Zusammenarbeit? Vielleicht muß das auch der Lehrer erst noch lernen und das müssen sicher auch die Eltern lernen. Aber bieten wir, wo immer es möglich ist, die nötige Hilfe, damit beide Teile gemeinsam die Schule gestalten können? Sie bringt ja auch die zukünftige Generation hervor. Es ist doch bedenklich und es ist das vielleicht ein Beispiel, man sollte selten Beispiele bringen, weil sie dann wieder hinken, aber ich sage es doch, es ist bedenklich, wenn eine Mutter sich beklagen muß, nur deswegen weil sie z.B. im entsprechenden Klassenrat ihre Meinung vertrat, daß die Kinder, wenn sie die Geographie von China lernen müssen, nicht die Mao Zitate auswendig lernen sollten, während sie von der Geographie des Landes nichts wüßten, und ihr Kind dann, obwohl es 3 Jahre lang zu den besseren Schülern in der Klasse gehört hat, bei der

Prüfung nicht mehr durchkommt. Sie mögen sagen, es wäre besser, nicht das als Beispiel hinzustellen, ich möchte es aber doch als Beispiel hingestellt haben.

Hier stellt sich die Frage nach der Zusammenarbeit, und man muß sagen, sollte die Ansicht der Eltern nicht respektiert werden und nur die der Lehrer, so kommen wir nicht weiter. Also wir müssen auch berücksichtigen, daß die Eltern einfach in Unruhe geraten, und daß hier vielleicht eine ganz untergründige und oft nicht klar sichtbare Verpolitisierung des Stoffes, nicht so sehr der Schule, erfolgt, ein Problem, das auch bewältigt werden muß. Es ist auch vielfach zu beklagen, daß ein pünktlicher Schulbeginn nicht ganz gelingt. Vielleicht könnte man sich hier einmal fragen, wie das besser gemacht werden könnte. Die Lehrerfortbildung und -ausbildung ist auch eine Frage, und es wäre wohl die größte Frage, die man nicht gerne aufwirft, aber vielleicht soll sie doch aufgeworfen werden, die Frage nämlich, soll der Lehrer Landesangestellter sein, oder bleibt er weiterhin beim Staat. Ich kenne die Argumente, auch die Argumente der Kosten, die dann unser Budget belasten würden. Es müßte hier einmal überprüft werden und grundsätzlich überlegt werden, ob diese Mehrkosten im Budget, falls wir dann vielleicht die Schule besser orientieren könnten, nicht doch gerechtfertigt sind im Ganzen gesehen, und ob wir auch da mal vielleicht 1 Milliarde Lire mehr ausschöpfen, weil wir es ja anderswo auch hingeben und weil das Erziehung und Lehrtätigkeit ist, die einen wesentlichen Einfluß auf das Volk hat. Wir hoffen auch noch heuer ein Gesetz über die hier nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß Weiterbildung verabschieden zu können. Ich kann dieses Gesetz bald vorgelegt wird. Zum Gesetz selber möchte ich in diesem Zusammenhang nichts sagen, da wird wohl noch Zeit sein, darüber zu sprechen, wenn es behandelt wird. Zur Kultur insgesamt kann man vielleicht sagen, daß das Budget, wenn es untersucht wird, doch immer wieder, jetzt abgesehen von all dem, was für die Schule ausgegeben wird, ein bescheidenes ist, daß es im Vergleich doch immer wieder nur bescheidene Summen sind, die für Kultur ausgeworfen werden. Es muß hier wiederum vielleicht vorausgeschickt werden, so meine ich wenigstens, daß Kultur überhaupt nicht ohne den Idealismus der Personen, die sie tragen wollen, leben kann. Das ist mir klar, seien wir froh, wenn in verschiedenen kulturellen Vereinen noch jener Geist herrscht, daß Menschen da sind und keine Zeit anschauen und sich einfach einsetzen, weil es gilt, etwas Schönes zu tun, etwas Gutes zu tun, etwas, das innerlich bereichert. Kultur, glaube ich, ist sicher angewiesen auf den Idealismus derjenigen, die sie

tragen. Es wäre sicher gefährlich, innerhalb des Kulturbereiches alles zu subventionieren. Es könnte das vielleicht ein Schritt zu Verkommerzialisierung der Kultur sein und ich zumindest wollte alles eher als das. Es muß auch in diesem Zusammenhang noch einmal ein herzlicher Dank auch von hier aus ausgesprochen werden, all den Chorleitern und Musikkapellenleitern und Theaterleitern und vielen, vielen Mitarbeitern in diesen Vereinen. Aber auch die Kultur kann zur Sorgepflicht des Landes werden, oder darauf wenigstens angewiesen sein. Wir haben über das Institut für die Musikerziehung sicher etwas geschaffen, was gut ist und großartig ist und ich weiß auch, aus Gesprächen mit verschiedenen Leuten, wie viel über dieses Kulturinstitut gerade auf diesem Gebiet getan werden kann, und das ist gut. Aber vielleicht müßten gerade darüber noch mehr Mittel fließen, wenn nicht heuer dann nächstes Jahr, weil noch viel breiteren Bevölkerungsschichten diese Möglichkeit angeboten werden muß, vielleicht auch in kleineren Ortschaften draußen und nicht nur in den größeren Zentren, weil es vielleicht auch da noch Lehrer braucht, die bezahlt werden müssen, weil es vielleicht auch hier noch Material braucht und vieles mehr, damit Musikkurse, Singkurse, Chorleiterkurse abgehalten werden können. Bedenken wir doch, daß wir sehr viel von Freizeitgestaltung sprechen und auch ein Freizeitgesetz im Landtag vorgelegt werden soll, denken wir doch daran, daß diese Einrichtungen etwas vom wertvollsten und besten sind, daß Kinder und Jugendliche ihre Freizeit dadurch sinnvoll verbringen und sicherlich über diese Kurse auch menschlich und von ihrem Gemüt her soviel mitkriegen, daß sie später vielleicht ihre Lebensexistenz, zumindest die geistige, anders aufbauen. Versuchen wir, diese Dinge zu fördern, wo immer es notwendig und nötig ist. Ich denke da an die Aufführung eines Chores in Bozen mit 100 Kindern. Es war eine Freude, dabei zu sein und man spürte, was hier drinnen wirklich an Musischem und Kulturellem geleistet wird. Darum versäumen wir es nicht, auch diese Dinge wirklich zu fördern. Immer muß aber auch der Idealismus motiviert werden, damit weiterhin die Kultur aufrecht bleibt. Es soll aber auch uns ein Anliegen sein, einfache und schlichte Volkskultur in allen vielfältigen Äußerungen im Leben eines Volkes nicht nur als primitiv, überholt und konservativ abzutun, sondern auch diese schlichte und einfache Kultur hat ihr Daseinsrecht in einem Volk. Wir wissen aus der früheren Geschichte der Literatur, daß gerade aus dem Einfachen Großes entstand, aus dem Dialekt die Hochsprache, aus dem einfachen Volkslied wurde hohe Musik geschaffen und deswegen müssen wir auch die einfache und schlichte Volkskultur so einzuordnen im Stande sein, daß sie eben jenes ist,

worauf dann später und zu jeder Zeit eine höhere Kultur aufgebaut werden kann.

Ich hoffe, daß jene Kräfte nicht die Oberhand behalten, die genau das Schlichte und das Einfache immer wieder zu Grunde richten möchten. In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen abschließen und hoffen, daß auch dieser heurige Haushaltsplan uns wiederum viele neue Anregungen bringe, aber auch viele Entscheidungen, für das Wohlergehen dieses Volkes.

PRESIDENTE: Signori consiglieri, alle ore 15.15 pomeridiane farò una breve riunione dei capigruppo, perché qui la situazione non è ancora ben definita. E' presumibile che prendano la parola ancora 8 persone; 12 hanno già parlato ed ho l'impressione che nessuno rinunci al discorso di ricandidatura, come si suol dire. Lo stesso Bertorelle, che non ricandida, l'ha fatto; io, che non ricandiderò, lo farò. Dunque devono ancora parlare i consiglieri Sfondrini, Demetz, Dubis, Durnwalder, Ladurner-Parthanes, Müller, Mitolo e Molognoni. Dunque si tratta complessivamente di 8 consiglieri ancora iscritti a parlare.

La seduta è sospesa.

ORE 12.25 UHR.

ORE 16.00 UHR.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Ha la parola il consigliere Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Signor Presidente, signori colleghi, mi ero iscritto questa mattina per ultimo, perché avevo intenzione ed ho intenzione di limitare il mio intervento ad alcune dichiarazioni e considerazioni di carattere generale, integrative di ciò che ha detto nel suo intervento il collega Nicolodi. Il nostro è certamente un dibattito atipico rispetto ai dibattiti che avvengono in altre regioni. Lo si può constatare leggendo i resoconti delle sedute delle altre Regioni, attraverso i loro bollettini. E' naturalmente atipico per la particolare situazione in cui ci troviamo, per la particolare autonomia che abbiamo, per la particolare situazione esistente nella nostra provincia. Anche in occasione della discussione di questo bilancio, che è l'ultimo della presente legislatura, la relazione del Presidente della Giunta provinciale ha carattere sostanzialmente amministrativo. E' un rilievo che noi facciamo e che abbiamo fatto anche in altre occasioni, quando eravamo nella maggioranza. Pretendere cioè che un Presidente di una Provincia come la nostra, con un'autonomia speciale, si soffermi un po' più a lungo di quanto

non faccia, per tentare di delineare un'analisi, un approfondimento sul piano politico generale, non ci sembra pretendere molto, in un momento poi gravissimo come quello che stiamo attraversando, momento gravissimo anche prima del tragico avvenimento dell'assassinio degli uomini di scorta dell'on. Moro ed il suo rapimento. Il nostro Paese sta attraversando una fase delicatissima sul piano politico e di conseguenza sul piano economico e sociale, e non è azzardato affermare che forse è il momento più delicato della fine dell'ultimo conflitto ai giorni nostri; e non è azzardato dire, che la nostra provincia, che appartiene all'Italia, non può essere estranea a questa fase politica delicatissima. Certamente, in un contesto diverso, per le ragioni che tutti conosciamo e che sono state rilevate anche da altri colleghi, certi fatti e momenti di tensione e di turbamento generalizzati nel resto del Paese, qui ci hanno sfiorato e certamente hanno risparmiato la nostra popolazione da momenti drammatici. Esistono invece tensioni e turbamenti di altra natura, che indubbiamente caratterizzano il clima politico ed i rapporti fra i gruppi linguistici. Sarebbe miope non rilevare questi fatti; sarebbe irresponsabile da parte nostra non avere il coraggio o la sensibilità di rilevare questi momenti di turbamento di tensione nella nostra provincia. E noi socialisti abbiamo costantemente dato e stiamo dando tuttora (non si tratta di fatti remoti, ma di qualche cosa che è presente qui ed altrove dove si decidono questioni importanti per la nostra provincia) il nostro contributo conducendo un'azione politica con una visione volta a garantire interessi generali della popolazione, volta al superamento delle contrapposizioni etniche e della ricerca di una vasta comprensione e collaborazione per costruire una società, indubbiamente complessa, che ha una sua peculiarità originale, che sotto un certo aspetto potrebbe anche essere positiva, per costruire soprattutto una società che sia veramente democratica. Dicevo prima, però, che bisogna avere il coraggio di dire alcune cose e l'onestà di ammettere che il clima che si è raggiunto faticosamente in questi anni si è lentamente ma costantemente deteriorato in questi ultimi tempi ed in questi ultimi mesi sono emersi segni precisi di aggravamento della situazione. Quando si parla, e non lo diciamo solamente noi, di scollamento e di disinteresse per quanto riguarda il sistema autonomistico da parte di strati della popolazione, per non dire in certi casi di ostilità, non facciamo dell'allarmismo gratuito, ma queste cose le denunciavamo, perché si possa affrontare la situazione con chiarezza e, se possibile, porvi rimedio. Ci sono addirittura strati nell'opinione pubblica e nella popolazione che guarda con ostilità all'autonomia e questo è grave. Non ho alcuna difficoltà ad ammettere queste cose; ho avuto un periodo molto

intenso di contatti per ragioni mie e di partito e ho tratto certe conclusioni. Vorrei dire al collega Bertorelle che quando dice: siete voi, come rappresentanti politici, a sollecitare negativamente i militanti, devo dire che avviene l'inverso: sono i militanti che hanno saputo assumere la loro parte di responsabilità con convinzione, quando si è andati ad affrontare la questione del nuovo Statuto dando il loro assenso. Non si tratta di fare dei passi indietro o di giocare su due tavoli, soprattutto nell'anno del rinnovo del Consiglio regionale e provinciale, ma si tratta di prendere atto di una situazione e di registrarla fedelmente, senza drammatizzarla, però avendo la chiarezza per una situazione che ci preoccupa, perché il processo di divaricazione che sta avvenendo nella popolazione può portare a fratture nette e totali. Quando diciamo queste cose, le diciamo perché è nostro dovere farlo senza nascondere la testa sotto la sabbia ed ignorare il clima che si è determinato in questi ultimi tempi, e non perché vogliamo da una parte comportarci in un certo modo ed assumere delle responsabilità ed essere anche corresponsabili di certe scelte e dall'altra fare una operazione di disimpegno, più o meno furbesca, per avere certi vantaggi, che sono vantaggi che noi sappiamo possono essere momentanei e che possono poi trasformarsi e coinvolgerci in modo negativo. Quindi, il discorso deve essere un discorso non strumentale, ma un discorso, come rappresentanti politici di sinistra, con le altre forze politiche, con gli esponenti del partito di maggioranza assoluta, perché bisogna trovare il modo e la strada per affrontare e risolvere questi problemi nel momento in cui stiamo dando il contributo alla soluzione di alcuni nodi importanti e fondamentali dello Statuto di autonomia. Del resto il «leit motiv», il tema dominante di questo dibattito, come si è sviluppato fino ad ora nei vari interventi, è e rimane l'esame della situazione generale della nostra provincia, è e rimane l'esame della situazione politica generale nazionale. Il Presidente della Giunta non ha affrontato questi temi, trascurando di fare un sommario esame della situazione politica nazionale e dedicando poche parole alla situazione politica della nostra provincia, nei confronti della nostra questione, nei confronti della nostra autonomia, nei confronti dell'applicazione dello statuto e delle norme di attuazione. Quindi, sull'analisi del clima e dei rapporti fra i gruppi etnici, sulle prospettive politiche della nostra provincia nel prossimo futuro, avremmo potuto parlare molto di più. Qualcuno ha parlato di cifre, di stanziamenti, di interventi di carattere finanziario, ma proprio dagli interventi fatti, è emersa una volontà di rivolgere l'attenzione su questo fatto e momento politico e le cifre sono passate in secondo piano. Tutt'al più potremo fare un discorso e lo faremo quan-

do andremo ad esaminare il bilancio nella sua formazione, nella sua discussione articolata; potremo discutere sulla qualificazione della spesa e sulla connessione della qualificazione della spesa con le ragioni di turbamento e di preoccupazione che sono emerse nella popolazione, proprio perché questo è un bilancio politico e soprattutto un consuntivo politico che dobbiamo fare alla fine della legislatura; noi dobbiamo dare un giudizio prettamente politico e quindi parlare delle scelte politiche fatte in questo periodo e parlare anche delle scelte legislative fatte in questo periodo, scelte non sempre rivolte in misura adeguata verso le categorie più deboli, scelte, e mi ha fatto piacere sentirlo dire anche dal collega Achmüller, raramente fatte con il coinvolgimento delle forze sociali, anzi spesso contro il parere delle forze sociali, delle organizzazioni sindacali, soprattutto delle forze di opposizione. Chi siede su questi banchi ha spesso la sensazione di impotenza, non solamente per un rapporto di forze, che è sproporzionato, che è straordinariamente difficile per le forze di opposizione, ma anche perché ci troviamo di fronte ad un interlocutore politico, che tiene in poco conto le proposte delle opposizioni. Per portare un esempio, cito il modo in cui si discute il bilancio nella vicina provincia di Trento, che è un modo completamente diverso, introdotto recentemente. Evidentemente la maturazione politica che è avvenuta in questi ultimi anni nel nostro Paese ha fatto sì di costringere la Democrazia Cristiana trentina, pur essendo in un rapporto di maggioranza assoluta in Consiglio provinciale, ad adottare un nuovo modo di intrattenere i rapporti con le forze sociali, con le forze sindacali, imprenditoriali con le varie organizzazioni per discutere il bilancio. Questo lo diciamo salvaguardando fino in fondo le prerogative di un Consesso legislativo come il nostro, che in ultima analisi è quello che deve decidere. Da noi si fa fatica ad utilizzare anche gli strumenti che ci siamo dati con legge. Alludo alle difficoltà di far passare la legge attraverso il CESP e alle difficoltà per tener conto dei pareri espressi da questo organo, che pure è ampiamente rappresentato dalle forze sociali in campo, perché si va dai contadini ai rappresentanti sindacali, dagli imprenditori industriali a quelli di altri settori. A Trento si sta praticando una strada diversa: si discute con tutte le forze sociali preventivamente il bilancio in lunghi, precisi ed articolati confronti. Quindi, non dialogo a posteriori sulle scelte fatte dal consesso legislativo con le forze sociali, ma adozione di forme più democratiche di confronto e dialogo con le stesse e ciò non per scaricare le tensioni attraverso questo rapporto, ma perché crediamo sia necessario riconoscere che noi non siamo gli unici a poter decidere delle questioni che riguardano la popolazione in generale.

E quali sono i temi che determinano tensioni? Non è che queste tensioni nascano a caso e non esistono tensioni tra i gruppi linguistici, se non si introducono elementi concreti; la gente non crea e non ha pregiudizi o almeno spero che nel 1978 non ci siano ancora atteggiamenti di questo genere. I pregiudizi nascono da fatti concreti. Quando per es. parliamo della casa, che è un problema di estrema rilevanza ed è un problema che non si è risolto né nel nostro Paese né nella nostra provincia, quando la gente legge e sa che la Provincia ha un bilancio di 400 miliardi, allora il suo giudizio si sposta subito sul terreno della qualificazione della spesa. Quali interventi si fanno? Si fa piovere sul bagnato in certi casi e si lasciano irrisolti problemi come questo, che poi determinano ovviamente le tensioni che tutti conosciamo. Da anni, noi ed altri come noi, chiediamo perché non si affronta il problema della casa facendolo precedere da un'indagine sul fabbisogno, per una distribuzione che sia più aderente alla realtà sul territorio, per una rilevazione del fabbisogno effettivo, per comprendere le ragioni per cui si distribuiscono gli interventi nella provincia con certi criteri e non con altri. Ecco perché incontriamo della gente che ci chiede come mai e perché bisogna costruire case ad es. a Castelrotto o chissà dove, quando ci sono delle zone in cui il fabbisogno è molto più acuto, e non più acuto solo per un gruppo linguistico, ma per i gruppi linguistici e dove una soluzione irrazionale del problema determina a sua volta ragionamenti e atteggiamenti che poi si trasformano inevitabilmente in atteggiamenti di contrapposizione etnica. So quante volte con i colleghi della Democrazia Cristiana, che siedono ancora in Giunta, abbiamo fatto questa richiesta all'Assessore all'urbanistica e quest'ultimo ci ha sempre presi in giro con risposte evasive. Non ne vuol sapere, ma deve dire il perché e non si può trincerare dietro l'argomento che un'indagine di questo tipo e quindi l'applicazione, in base allo statuto, della distribuzione degli alloggi rispetto al fabbisogno e alla proporzionale etnica costa molto denaro, e quindi bisogna aspettare, interpretando capziosamente un articolo della legge n. 15, che lo Stato promuova un'indagine a livello nazionale. Questi sono ragionamenti che vogliono sfuggire un argomento e vuol dire nascondersi dietro un pretesto che è da respingere. Signori colleghi, voi sapete che questo è uno degli elementi di tensione nel paese e nella nostra provincia. Conoscete i fatti drammatici che sono avvenuti attorno a questa questione, eppure qui abbiamo aggravato il problema con la mancanza di volontà politica e di chiarezza. Ci tocca invece usare l'estintore per spegnere gli incendi, perché la gente non può capire i meccanismi che determinano le ingiustizie che avvengono in questo delicato settore.

Parliamo di occupazione giovanile e di riconversione industriale. Ci sono imponenti mezzi nel bilancio: 27 miliardi per il settore dell'industria; ebbene non c'è un'idea dietro questi stanziamenti e non esiste un progetto per l'utilizzazione di questi mezzi, sia pure con le difficoltà per la mancanza della norma di attuazione, che ancora non ha definito chiaramente il campo d'azione della provincia. Abbiamo deluso ancora una volta le masse giovanili, i cui problemi irrisolti sono uno degli elementi di tensione nel Paese, sono uno degli elementi di tensione e preoccupazione di questo governo e di questa maggioranza. E noi, che abbiamo i mezzi a disposizione per affrontare in termini sia pur diversi, meno drammatici, meno preoccupanti, meno pressanti, che in altre zone, ebbene, di fronte alla possibilità di intervento finanziario in questo settore, nella relazione al bilancio non si scrive una riga, non c'è un'idea, non esiste una proposta. Ed allora voi capite che i giovani, che già hanno scarsa considerazione e sfiducia in questo sistema sui modi in cui si affrontano i loro problemi, non possono fare altro che accrescere la loro sfiducia. Speriamo che questo stanziamento non faccia la fine del precedente. Ma l'argomento più delicato, più difficile, più complesso da affrontare, che è quello della riconversione industriale e tutte le questioni connesse, che io riconosco difficili, non è stato menzionato; si sono solo messe delle cifre in bilancio, quasi per dire di aver affrontato la questione.

Ho portato due esempi e due argomenti per dire che le tensioni che noi registriamo non nascono da vecchi rancori, da vecchie questioni irrisolte, da rapporti non chiariti sufficientemente, ma nascono anche da un certo modo di governare, talvolta arrogante. Forse — e non mi riferisco solo agli altri, ma anche noi ci mettiamo di mezzo, perché non vogliamo sfuggire alle nostre responsabilità — siamo stati incapaci di trasferire anche in periferia lo sforzo di carattere politico culturale che si è maturato faticosamente in questi ultimi cinque anni. Questa è la verità. E quando sentite denunciare fatti che sembrano impossibili, allora prendete atto che esistono ancora rappresentanti politici, che sono fermi agli anni 1950, come concetti e come mentalità. Abbiamo quindi responsabilità come forze politiche di non aver saputo preparare e dare il nostro contributo alla formazione di una classe politica, che ragionasse in termini da anni 1980, soprattutto nei rapporti tra i gruppi linguistici. Ora scoppia il caso di Egna e di Fortezza — di questo argomento ne parleremo in occasione di un'interpellanza che noi abbiamo indirizzato al Presidente della Giunta provinciale — ma come si può scrivere certe lettere? Ricordo la reazione del collega Dalsass di fronte ad una frase infelice pronunciata da un mio collega di Trento,

qualche mese fa, quando disse: « Noi vi abbiamo concesso ». Ci fu una reazione rabbiosa e durissima da parte del collega Dalsass su questa frase. Come può un Presidente della Giunta provinciale, che in quanto tale deve mediare e deve sentirsi un po' meno uomo di parte nella sua qualità di Presidente della Giunta provinciale, come può scrivere una lettera al sindaco di Egna dicendo che il problema l'ha affrontato e per quanto riguarda gli uni lo risolverà in un certo modo, per quanto riguarda gli altri « ha concesso » « abbiamo fatto la concessione » ecc. Ma quale concessione? Non c'è niente da concedere; un amministratore non deve concedere: un amministratore amministra il denaro pubblico della collettività e quindi non deve concedere nulla, deve fare delle scelte politiche, le più razionali possibili e le più aderenti alle necessità della popolazione, le più giuste, le più eque. Quindi, questi sono comportamenti che introducono ulteriori elementi di tensione.

Già in altre occasioni ho detto all'Assessore all'industria che può darsi, e lo riconosco, che non abbiamo una struttura all'altezza di affrontare certi problemi, problemi che sono di una grande complessità e delicatezza, perché l'intervento pubblico nei confronti del settore privato, e quindi il problema della ristrutturazione e della riconversione non è un problema che si possa affrontare adeguatamente nella misura in cui non si hanno strutture adeguate, per cui l'ente pubblico quando interviene, spesso non interviene felicemente. Ed allora voi capite che si deve affrontare questi problemi in maniera il più possibile adeguata per creare nuovi posti di lavoro, per mantenere quelli che ci sono, per creare alternative di lavoro alla popolazione, che spesso si rivolge all'impiego pubblico. Questa tendenza nei confronti del pubblico impiego è evidente. Sono aumentate le competenze, è aumentato il bilancio, la barca è stata allargata, tutti vogliono montarci sopra, ma a questo punto viene fuori la questione del bilinguismo, la questione della proporzionale etnica, ecc. Se noi invece fossimo capaci di sviluppare un discorso alternativo per quanto riguarda le prospettive per i giovani, per garantire loro un posto di lavoro, daremmo indubbiamente un contributo indiretto a diminuire questo tipo di tensione. Anche in questo senso noi dobbiamo essere più seri ed affrontare il discorso in questi termini. Sembrerà paradossale, ma dobbiamo registrare il fatto che a fronte dell'aumento dei mezzi che lo Stato mette a disposizione della Provincia, ogni anno c'è un aumento e, sia pure considerando la svalutazione, di fronte a questo aumento che ci privilegia corrisponde una divaricazione tra l'ente autonomo e larghi strati della popolazione. Anche questo è un elemento che bisogna valutare. Perché forse la gente si

aspetta molto di più, forse si ha l'impressione che questi imponenti mezzi vengano dirottati in settori, non dico privilegiati, ma che hanno una situazione più tranquilla di altri dove esistono grosse difficoltà e quindi determinano delle grosse tensioni che si trasformano in sfiducia verso l'autonomia.

Ecco, ho cercato di dire le ragioni, anzi alcune ragioni delle tensioni emergenti: non è la vecchia ruggine che sta riemergendo; esistono motivazioni che non sono da rifiutare e da soffocare, ma che dobbiamo tenere presenti noi e voi. Non è un compito che riguarda solamente una parte, perché abbiamo costruito questa autonomia assieme e nessuno può fare giochetti in questo momento, ma dobbiamo preoccuparci entrambi, perché credo che non faccia né comodo, né piacere a nessuno fare passi indietro, rispetto ai passi avanti fatti negli anni passati. Forse dobbiamo fare un'autocritica; noi la facciamo, ma vorremmo che la facessero anche altri, non solamente dall'altra parte, ma anche dalla nostra parte. Quando ci fu il varo del nuovo Statuto, alcuni fecero delle previsioni troppo ottimistiche sul periodo successivo, quello del post-« pacchetto ». Qualcuno ha creduto che con le norme giuridiche il problema si risolvesse da solo. Chi ha pensato che le norme fossero di per sé sufficienti, ha espresso indubbiamente un'opinione superficiale. Ed io, posso dirlo senza superbia, sono stato tra coloro i quali non hanno mai sostenuto questa tesi. Sarebbe stato troppo facile. Le norme giuridiche che scaturiscono da un confronto politico sono uno dei presupposti per trovare un'intesa. Dico sempre che il confronto deve essere di carattere politico e non si può più trasformare, come talvolta alcuni fanno — in particolare un giornale fa — lo scontro politico in uno scontro etnico. L'ho detto già in Consiglio regionale: nessuno ci può mettere il bavaglio di fronte a questo ricatto. Siamo qui a confrontarci su piani ideologici diversi: è chiaro che il confronto politico, se vogliamo una società democratica, deve sussistere, deve permanere, deve avvenire; ma che il confronto politico venga poi trasformato in scontro di carattere etnico, questo non ci va più bene e lo respingiamo nel modo più assoluto. Prudenti sì, quando facciamo i nostri discorsi cerchiamo di evitare di toccare certi tasti, fin che volete, ma non ci si può ridurre al silenzio quando si è di fronte a certe ingiustizie, ad un certo modo di amministrare, che è di parte, a certe prevaricazioni, a certe mentalità vecchie, che sono ancora alla ricerca di una rivincita o di non so che cosa.

Ecco, signori colleghi, ho cercato di dare un modesto contributo insieme al discorso del mio collega Nicolodi e con questo è chiaro che chi ha o gestisce il potere deve subire certe critiche. O non le deve subire più nessuno in questo Paese? Quando si

è dall'altra parte del tavolo si devono accettare le critiche, e quindi la Democrazia Cristiana e la Südtiroler Volkspartei ed il Partito Socialista Democratico Italiano, collega Bertorelle, devono saperle accettare. Anche noi le abbiamo subite a suo tempo. Adesso tocca alla Democrazia Cristiana, alla Südtiroler Volkspartei e al Partito Socialista Democratico Italiano, anche se quest'ultimo è in una posizione abbastanza defilata rispetto a chi invece gestisce il potere direttamente, ma che non può defilarsi da un giudizio politico.

PRESIDENTE: (*Interrompe - unterbricht*),

SFONDRINI (PSI): Sì, voi siete piuttosto infilati, che defilati; va bene. Ed allora non lamentiamoci, collega Bertorelle, dei comunicati del Partito Socialista, delle forze di sinistra e delle forze di opposizione in generale. Chi naviga per certi mari, pesca certi pesci, e quando le cose non vanno bene, sotto un certo aspetto la responsabilità è di chi governa. E' sempre stato così in un Paese democratico a regime parlamentare. Ecco, perché c'è l'alternanza, ecco perché siamo sottoposti al giudizio degli elettori. Questo è il sistema democratico, che ha i suoi aspetti positivi, ma che ha anche purtroppo l'aspetto negativo, che chi governa e sbaglia viene giudicato. Ma il confronto deve essere un confronto civile. A noi non fa piacere quando si scende sul piano personale, anche quando si scende sul piano personale delicatamente o in modo piuttosto mimetizzato, come fa il collega Rella, con la sua intervista al giornale « L'Adige ». Io sono stufo, e lo dico francamente, di sentire da cinque anni, e non da tre anni, come dice il giornalista del giornale « L'Adige », che quando il collega Rella ha assunto la carica di Assessore ha trovato « il deserto » e che « dopo avere dissodato, arato, seminato » e altre incombenze di tipo agricolo, dopo aver trovato il deserto, verranno i frutti. Il collega Rella non conosce evidentemente le vicende del suo Assessorato o finge di non conoscerle. Ignora per es. che le norme di attuazione, per quanto riguarda le competenze della Provincia in materia scolastica, sono norme che coincidono più o meno con la sua gestione. Il collega Rella ignora p. es. che chi amministrava tutta la parte della pubblica istruzione, prima della penultima Giunta, era il collega Zelger. Il collega Zelger, bisogna dirlo, non era oggettivo nell'amministrazione di quei fondi, era piuttosto di parte. E' inutile andare ad Egna e dire che se le scuole sono separate la responsabilità è del consigliere Sfondrini. Quel consigliere democristiano non conosce lo Statuto. Questa mistificazione si mette in atto in occasione di una polemica difficile come questa, dimenticandosi che è lo Statuto che prevede la divisione delle due cul-

ture, non degli edifici però. Non c'è nessuna norma dello Statuto che preveda la divisione degli edifici; semmai c'è la divisione delle scuole, non come edifici ripeto, e questo è inserito nello Statuto di autonomia, al quale tutti abbiamo dato il nostro voto favorevole. Ecco, allora dico che vedremo i frutti di Rella, li aspettiamo. Io sono ancora in attesa p. es. che la legge che riguarda l'educazione musicale per il gruppo linguistico italiano incominci a funzionare. Non c'è forse un articolo conclusivo di quella legge dove dice che chiunque è tenuto a osservarla o a farla osservare? Forse ci siamo dimenticati di questo articolo che chiude tutte le nostre leggi? Ed allora ci chiediamo come mai il gruppo linguistico tedesco è efficiente in un settore che è interessante per la popolazione sia scolastica, che in generale. Abbiamo una legge a disposizione con dei mezzi, votata nel 1977, che poteva entrare in vigore nell'anno scolastico 1977/78 e non c'è un minimo di iniziativa. E' rimasta lettera morta e non se ne parla più. Questo è il primo esempio che mi è venuto in mente adesso; l'ho ricordato per l'intervista del collega Rella.

Chiudo questo mio intervento, che pensavo fosse più breve. Non ho fatto delle osservazioni specifiche sul bilancio, ma mi riservo di farle in sede di discussione articolata. Pensiamo che tutti abbiamo bisogno di scambiarsi delle impressioni da non rifiutare a priori, né gli uni, né gli altri, perché dobbiamo uscire da questo momento difficile e dobbiamo uscire con una certa volontà politica, con lo sforzo di fare delle scelte di tipo diverso. I mezzi per fare queste scelte ci sono. E' necessario che questi mezzi siano sorretti da una volontà politica, che tenga conto dell'articolazione politica che esiste nel nostro Paese, perché la nostra provincia non può vivere in modo avulso da quelle che sono le realtà odierne, nel bene e nel male, del nostro Paese.

MÜLLER (SVP): Herr Präsident! Werte Kollegen! Nachdem ich bei der Stimmabgabeerklärung noch einmal Gelegenheit habe, zum Gesamtkonzept des Haushaltsberichtes des Landeshauptmannes das Wort zu ergreifen, beschränke ich mich diesmal auf einzelne Sachbereiche. Ich werde sie nicht alle streifen, weil ja Kollegen von mir das eine und andere bestimmt noch bringen werden. Vorerst aber in kurzen Worten zu einigen Vorrednern, besonders zu den Vorrednern Kollegen Gouthier und Stecher.

Ich habe den Eindruck, daß sie bei ihrer Replik, bei ihrer Stellungnahme zur Haushaltsdebatte die Notbremse gezogen haben. Ein wenig spät kommt allerdings diese Notbremsung, wenn man bis jetzt mit zu großer Toleranz gewisse Ereignisse, wie sie in den Schulen vorgekommen sind, auf den Straßen, in den Betrieben, in Form von verschiedensten Pro-

testaktionen, zugelassen hat. Ja, es waren dies vielfach Protestaktionen, wir können es ganz offen sagen, die die Zustimmung der kommunistischen Partei damals gehabt haben. Heute, nach dieser Notbremsung, stehen diese Kreise ja viel weiter links.

Kollege Gouthier hat eine Frage gestellt, und ich glaube, diese kann ich besser beantworten als der Landeshauptmann. Er hat gefragt, wer dieser Dr. Baldauf in Schlanders sei, der eine Leserschrift in den « Dolomiten » gebracht hat, die ihm eigentlich nicht so sehr paßt. Dieser Dr. Baldauf ist Rechtsanwalt in Schlanders. Er ist einer, der vor der Seestauung in Graun als Grauner Kind weichen mußte. Er hat somit all das mitbekommen. Er ist ein Mann, der seit wir in Südtirol wieder demokratische Gemeindeverwaltung aufziehen konnten, in der Gemeinde Schlanders sehr segensreich gewirkt hat. Er war Gründungsmitglied der Talgemeinschaft. Und dieser Mann schreibt: die beste Waffe gegen den Eurokommunismus ist und bleibt eine tatkräftige und wirksame Sozialpolitik, die durch Wort, Schrift und Seminare unterstützt, allein des Gegners Fundamente erschüttern kann. Ausschlaggebend sind unsere Verhaltensweisen und nicht unsere Aussagen, denn Worte klingen und Beispiele wirken. Und wenn dieser Mann das schreibt, dann hat er das aufgrund der eigenen Erfahrungen geschrieben. Er hat wirklich beispielhaft in der Talgemeinschaft gewirkt. Und auch heute noch gilt das Wort von Dr. Baldauf im Vinschgau, und nicht nur in Schlanders.

Zum Kollegen Jenny werde ich dann etwas sagen, wenn er wieder hier ist.

Ich möchte nun, sofern die Landesräte anwesend sind, ich hoffe, daß sie langsam eintrudeln, hier einige Probleme aufwerfen.

Wir wissen, daß Dr. Benedikter in Rom ist, er hat aber in der Galerie oben einen Vertreter sitzen. Infolgedessen hier eine Empfehlung. Das Wohnbauinstitut sollte, vor allem in Gemeinden, wo die Ortskerne saniert werden, Objekte aufkaufen. Gesetzlich hat das soziale Wohnbauinstitut die Möglichkeit dazu. Wir würden dadurch wiederum die Ortskerne, die teilweise nur mehr Attrappen darstellen, neu beleben. Wir könnten verlassene landwirtschaftliche Objekte zu Wohnstätten umwidmen. Dadurch könnte man neues Bauland in der Peripherie einsparen.

Zum Fürsorge- und Gesundheitswesen. Meine Meinung betreffs Ärztemangel und Altersheime habe ich bei den beiden letzten im Landtag verabschiedeten Gesetzen dargelegt. Wir alle hoffen, daß das neue Gesetz, das bald in den Landtag kommen wird, auch neue Akzente setzt. Ich bleibe aber nach wie vor bei der Meinung, und das ist meine feste Überzeugung, daß die Angelegenheit Pflegefälle, solange wir keine Langzeitkrankenhäuser haben — und wir werden diese noch lange nicht haben, denn zuerst müssen wir

die Krankenhäuser für akute Fälle errichten oder umbauen — vorläufig in die Altersheime gehören und nicht in die Krankenhäuser für akute Fälle, wie die technische Nomenklatur diese nennt.

Problem Umweltschutz. Hier möchte ich dem zuständigen Landesrat und seinen Kollegen im Landesausschuß das Problem des Nationalparks in Erinnerung rufen. Es muß baldigst eine Lösung gefunden werden. Die Unsicherheit, in der die dortige Bevölkerung — und das ist ein gutes Drittel der Vinschgauer Bevölkerung — zu leben hat, kann einfach nicht mehr länger ertragen werden. Von allen Seiten wird dirigiert, kritisiert, gedroht, so daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Und daß der derzeitige Direktor des Nationalparks, der in Bormio sitzt und der immer wieder über die Presse Giftpfeile auf unsere Bevölkerung, auf unsere Vorhaben der Gemeinden losläßt, und immer noch alles begutachten muß, ja sogar dann, wenn die Wildbachverbauung Lawenschutzbauten und dergleichen errichtet, das, glaube ich, gereicht uns nicht zur Ehre, wenn wir von Autonomie sprechen. Ich weiß, es ist leichter gesagt als getan. Wir wissen, daß in Rom schon seit langem ein Gesetz für die National-Parks vorbereitet ist und in irgendeiner Schublade liegt. Wir haben vielleicht Bedenken, diesem Vorhaben heute irgendwie vorzugreifen. Aber wenn die Dinge zu lange hinausgezogen werden, mein lieber Landesrat Pasquali, dann müssen wir einfach handeln. Wir selbst müssen dann eben handeln, ohne auf dieses nationale Gesetz zu warten.

Zu den Lokalkörperschaften. Ich möchte das Problem der Talbeziehungsweise Bezirksgemeinschaften ein wenig näher beleuchten. Wenn man selbst vor sechzehn Jahren die erste Talgemeinschaft ins Leben gerufen hat, und wenn man selbst zehn Jahre lang Bürgermeister einer Gemeinde war, dann steht einem dieses Problem besonders nahe. Es ist immer wieder der Versuch da, besonders von seiten der Oppositionsparteien, hier eine Vertretung in den Talgemeinschaften als politische Minderheit zu bekommen. Und weil der Kollege Jenny jetzt wieder im Saal ist, kann ich ihm ja antworten. Vor sechzehn Jahren, als die Talgemeinschaft Vinschgau gegründet wurde — man vergißt es immer wieder, unsere Talgemeinschaften sind freiwillig konstituierte Gremien, die sich freiwillig ein Statut gegeben haben —, zu jenem Zeitpunkt haben wir nicht so sehr an die Oppositionsparteien deutscher Muttersprache gedacht, sie waren auch noch nicht vorhanden. Da haben wir vielmehr an die anstehenden Probleme denken müssen, die die gesamte Bevölkerung interessieren: nicht Mehrheit, nicht Minderheit, auch nicht ethnische Mehrheit oder ethnische Minderheit. Hier hat es geheißen, dringend anstehende Probleme zu lösen, so zum Beispiel die Errichtung eines Krankenhauses,

die Errichtung von Schulen, oder zu verhindern, daß die Eisenbahn eingestellt wird, an die Verkehrslage zu denken und dergleichen. Also, alles Probleme, die wirklich die Gesamtheit angehen. Und wenn einmal die Talgemeinschaften vom Land in Gesetzesform gekleidet werden, dann wird auch hier nach dem Rechten gesehen werden.

Dem Herrn Kollegen Jenny möchte ich noch etwas sagen. Die Fragen, die er an den Landeshauptmann gestellt hat, und besonders seine Stellungnahme über die ARGE-ALP, zeigen, daß der Kollege Jenny in sehr naiver Form versucht, die Dinge ins Lächerliche zu ziehen, obwohl es nichts Lächerliches gibt. Aber, was Sie sich erlaubt haben, über die ARGE-ALP zu behaupten, ich glaube, das ist, wie man so sagt, ein richtiger, starker Tabak.

JENNY (SFP): *(unterbricht - interrompe)*

MÜLLER (SVP): Herr Dr. Jenny, ich möchte Ihnen noch eins sagen. Sie exerzieren uns oft eine sehr schlechte Kinderstube vor, besonders wenn Sie dauernd die Kollegen der SVP mit Schimpfworten bedenken, dabei aber selbst der Überempfindlichste hier in diesem Saale sind. Das möchte ich Ihnen heute einmal ganz klar sagen.

Und nun weiter zu den Lokalkörperschaften. Es besorgt mich sehr, daß man vielfach versucht die Existenzberechtigung der Talbeziehungsweise Bezirksgemeinschaften herunterzuspielen. Und ich glaube, daß man mit dieser verallgemeinernden Methode die Aktivität so manch reger Talgemeinschaft bremst. Man kann gewisse Aktivitäten in den verschiedenen Talgemeinschaften nicht einfach über einen Leisten schlagen. Diese sind in jeder Talbeziehungsweise Bezirksgemeinschaft grundlegend anders gelagert. Man wird dies auch zukünftig nicht tun können, denn unsere Talgemeinschaften, unsere Täler haben eben, jedes einzelne, andere Bedürfnisse, andre Probleme. Das Pustertal hat ganz andere Probleme als der Vinschgau und ganz andere Probleme als das Unterland. Und ich möchte hier einen Appell an die Landesregierung richten. Die Südtiroler Volkspartei hat sich in einer Tagung schon einmal grundsätzlich dafür entschieden, bei der Erstellung eines Gesetzes sich so schnell als möglich zu einigen. Denn ich glaube, wenn wir diese Hilfsinstrumente nicht haben, dann werden wir auf den Raumordnungsplan, der auch noch aussteht, noch sehr lange warten müssen. Man kann nämlich nur von der Basis her planen und programmieren.

Zu den öffentlichen Arbeiten. Hier spielen auch wieder die Gemeinden die erste Rolle. Ich weiß, daß der Landesrat die Absicht hat, das Landesgesetz Nr. 27 in neuer Fassung vorzulegen. Er hat die Absicht, und das begrüße ich sehr, die bürokratischen Schwie-

rigkeiten, die sich heute gerade auf dem Sektor der Ausschreibungsmethoden der Arbeiten ergeben, zu vereinfachen, um den Gemeinden und anderen Institutionen, die auf dem Sektor öffentliche Arbeiten tätig sind, einfache Arbeits- und Hilfsinstrumente zur Seite zu geben. Und wenn ich hier den heute bestehenden sogenannten Feuerwehrfonds von zwanzig Prozent erwähne, den die Landesregierung zu Recht sich vorbehalten hat, als Ausgleichsmittel, dann, um an die Landesregierung den Appell zu richten, dieses Sicherheitsventil ja nicht zu beschneiden oder gar abzusetzen. Wir haben heute in Südtirol sehr viele Gemeinden, die bevölkerungsmäßig sehr gering besiedelt sind, flächenmäßig jedoch eine ungeheure Ausdehnung haben, und viele Fraktionen zählen. Manches Mal kann man nur über diesen Fonds den Gemeinden zu einer Hilfe verhelfen. Deshalb die Bitte, diesen Fonds ja nicht zu kürzen. Meines Erachtens sollte er eher erhöht werden.

Was die sechs Milliarden Lire betrifft, als sogenanntes Angebot an den Staat für die Instandsetzung der Staatsstraßen, die in der Bilanz vorgesehen sind, so möchte ich hier der Landesregierung, vor allem aber dem Landeshauptmann sagen, und ich habe es eigentlich noch niemals anlässlich einer Bilanzdebatte versäumt, das zu sagen: es darf der Landesregierung absolut nicht gleichgültig sein, ob der Staat mit seinen Kompetenzen in unserem Lande den Verpflichtungen nachkommt oder nicht. Denn die Staatsstraßen, auf denen unsere Bürger, unsere Mitbürger, unsere Arbeiter, unsere Schüler täglich fahren müssen — auch das gehört, glaube ich, zur Verpflichtungen nachkommt oder nicht. Denn die nicht die Kompetenzen hat — im Auge zu behalten, nach dem Rechten zu sehen und alles daranzusetzen, damit der Staat seinen Verpflichtungen nachkommt. Denn wenn man heute über die Vinschgauer und über die Pustertaler Straße fährt, dann muß man sagen, das ist keine Straße mehr, das ist ein Ackerfeld. Und wenn Lawinen niedergehen, wie es in Sulden passiert ist, wo die Bürger selber zur Schaufel haben greifen müssen, weil dies an einem Sonntag passiert ist und die ANAS keinen Dienst verrichtet, dann, glaube ich, ist das für ein Land wie Südtirol kein gutes Zeugnis. Sonst heißt es doch immer: Ordnung herrscht, alles ist in Ordnung; ich glaube, die Leute, die vor so einem Lawinenkegel stehen, verstehen solche Slogans nicht mehr. Und wer, ich möchte beinahe sagen dazu verdammt ist, jeden Tag, diese Straße zu befahren, der versteht das auch nicht mehr.

Zur Landwirtschaft. In der Gesetzgebung über die Landwirtschaft beginnt sich eine bestimmte Zielsetzung der einzelnen Gesetze abzuzeichnen. Einige könnten in schon vorhandenen zu einem einzigen eingebaut werden, wobei man mehr darauf bedacht

sein sollte, besonders den Aussenstellen, den sogenannten Bezirksinspektoraten für Forst- und Landwirtschaft, mehr Dezentralisierungsbefugnisse zu geben. Diese wissen oft besser Bescheid als die Zentrale in Bozen und können die Bedürfnisse oft besser abwägen.

Zur Elektrowirtschaft. Hier möchte ich an den Landesrat — das soll keine Kritik sein — eine Bitte richten: die Notwendigkeit der rascheren Versorgung der Berggebiete mit Strom, qualitätsmäßig und quantitätsmäßig. Ich weiß, welche Schwierigkeiten er gerade in jenen Gebieten zu überwinden hat, in welchen das ENEL operiert, welche bürokratischen Schwierigkeiten er heute immer noch hat. Wir müssen aber auch vorzeitig Vorsorge treffen, daß die Versorgung mit Elektroenergie gewährleistet wird. Der Landesrat Mayr hat uns in einer Sitzung einmal Unterlagen zur Verfügung gestellt, in denen er prophezeit, daß auch Südtirol in einigen Jahren in den Engpaß der Elektroversorgung kommen wird. Aber, ich möchte hier ganz offen behaupten: es wäre ein Witz, wenn Südtirol, mit all den den Stauseen, morgen ohne genügend Strom bleiben würde. Ich glaube, das wäre wirklich ein Tiefschlag gegen unsere Autonomie. Und wir haben nicht nur das ENEL, das hier Strom schöpft. Wir haben ja auch die multinationalen und die nationalen Großunternehmen, sprich MONTEDISON, die hier täglich Milliarden scheffeln. Und wenn der Kollege Jenny in seiner Darlegung dem Landeshauptmann so richtig ironisch gesagt hat, wieviel Südtirol an Steuern aufbringt und wieviel wir dagegen von Rom bekommen, dann hat er das, was heute an Strom nach Mailand fließt — das sind Milliarden — nicht erwähnt. Daran hat er nicht gedacht. Das ist eine einfache Milchmädchenrechnung, nur die direkten und indirekten Steuern anzuführen. Aber alles das, was hier die Wirtschaft aufbringt, alles das auch mit einzubeziehen, das wäre doch richtig gewesen.

Betreffs Wildbachverbauung ein Wunsch. Dieser Wunsch geht wiederum in erster Linie an Landesrat Mayr, weil ich weiß, daß das Amt für Wildbachverbauung die Verbauung des Nordufers des Reschen-sees übernommen hat. Wenn es klimatisch möglich ist, dann sollten diese Arbeiten heuer bewerkstelligt werden.

Und nun, zum Abschluß, ein Thema: Industrie- und Kreditwesen. Nicht leicht einmal sind zwei Wirtschaftssparten so eng auf Gedeih und Verderb verbunden wie Industrie- und Kreditwesen. Und wenn der Herr Landeshauptmann in seinem Bericht das Kreditwesen eigentlich nur am Rande mit einer allgemeinen Bemerkung streift, wahrscheinlich aus Platzmangel, so möchte ich einiges klärend hinzufügen. Kollege Achmüller und Kollege Neuhauser haben bereits in ihrer Stellungnahme das Problem

« Mediocredito » behandelt. Ich möchte als Kredit-assessor ein wenig detaillierter dem Landtag die Situation dieses Kreditinstitutes aufgrund der erlassenen Durchführungsbestimmungen und aufgrund des Regionalgesetzes Nr. 4 erläutern. Ich glaube, das ist notwendig, die Materie ist sehr komplex. Und aus Gesprächen mit Kollegen ersieht man immer wieder, daß diesbezüglich große Unklarheit herrscht. Mit diesem Gesetz wurde die Region ermächtigt, die Kapitalquote des Staates an denselben zurückzuerstatten und sich somit im « Mediocredito » dem Staat zu ersetzen. Nachdem aufgrund des « Paketes » fast alle wirtschaftlichen Kompetenzen von der Region auf die beiden Landesregierungen der Provinzen Bozen und Trient übergegangen sind, wird es notwendig sein, daß neben der Region auch die beiden Länder morgen Kapitalpartner in diesem Kreditinstitut sind. Laut Absprachen mit beiden Landesregierungen ist man zur Überzeugung gelangt, daß die drei öffentlichen Körperschaften zusammen die absolute Mehrheit in diesem Geldinstitut haben müssen. Man spricht von zirka 34 Prozent. Es wird deshalb Aufgabe der Südtiroler Landesregierung sein, die ihr zustehende Beitragsquote — ich möchte dem Kollegen Neuhauser die präzise Zahl nennen: 2 Milliarden, 585 Millionen — aus den Haushaltsmitteln flüssig zu machen, um sich am « Mediocredito » beteiligen zu können. Diese Summe scheint in keinem der Kapitel der Bilanz auf. Sehr verehrter Herr Landesrat für Finanzen, es sei darauf hingewiesen, daß die derzeitige Liquidität des « Mediocredito » praktisch auf dem Nullpunkt angelangt ist, und daß es notwendig ist, das bereits entworfene Landesgesetz über die Eröffnung eines Kontokorrentkredites beim « Mediocredito » zu verabschieden und wenn möglich einen Betrag von 5 Milliarden vorzusehen, damit wir der Provinz Trient nicht nachstehen. Auch hier ist mir noch unklar, mit welchen Bilanzmitteln dies geschehen soll. Und ich möchte von den zuständigen Landesräten und auch vom Landesrat für Industrie eine klare und präzise Antwort haben. Ich glaube, wir sind es in erster Linie unseren Unternehmern und damit auch allen in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern, die ja mit dem Betrieb zusammenhängen, schuldig, hier ein klares Wort auszusagen.

Von seiten der Region sind bereits zwei Regionalgesetze im Kreditbereich in Ausarbeitung, dieselben werden demnächst dem Regionalrat unterbreitet werden: eines hat die Neustrukturierung des « Mediocredito » zum Gegenstand, wobei man dann endlich an die Aufnahme der noch ausgeschlossenen Kreditinstitute wie die Raiffeisenzentalkasse und unsere Volksbanken denken kann. Ein Versprechen, das lange geben wurde und das endlich verwirklicht werden kann.

PRESIDENTE: A questo punto, signori consiglieri, non ho ulteriori iscritti a parlare per la giornata di oggi.

Voglio informare tutto il Consiglio quanto è stato convenuto nella riunione dei capigruppo e cioè che si riprenderà la discussione sul bilancio il giorno 4, e si continuerà il 5 aprile, perché per la prossima settimana, in concomitanza del congresso del Partito Socialista Italiano, c'è la domanda scritta presentata dai consiglieri socialisti di sospendere le sedute come vuole la prassi, che quando c'è un congresso nazionale non lavora né il Consiglio provinciale, né quello regionale. Abbiamo concordato che si potrebbe concludere la discussione generale il giorno 4, mentre il giorno 5 gli Assessori potrebbero fare le loro repliche e quindi trattare gli ordini del giorno, che a tutt'oggi sono 10. Il giorno 11, con eventuale seduta notturna, si dovrebbe poter iniziare la discussione articolata e terminarla il giorno 12 aprile.

Debbo aggiungere ancora una cosa: il consigliere Sfondrini ha fatto riferimento ad una specie di confronto non civile, che dovrebbe essersi verificato. Confesso sinceramente che stando tutto il giorno alla Presidenza può darsi che mi sia sfuggito qualche particolare. E' evidente che l'accento del consigliere Sfondrini era stato preceduto in sede di capigruppo da una precisa denuncia e lagnanza fatta in proposito dal consigliere Stecher, perché era rivolta a lui o quanto meno al suo partito. Ho deciso di accertare dal nastro quello che è stato detto.

Io l'ho intesa come riferimento ad una frase che si riferiva ad un personaggio di altri tempi. Ora, non so in cosa consista effettivamente, ma ho deciso di sentire il nastro, constatare quello che è stato detto realmente e semmai intervenire nei debiti modi. Voglio augurarmi che anche questa discussione del bilancio 1978, anche se è quella di fine legislatura, anche se prevede le elezioni e tutti gli impegni conseguenti per ognuno di noi, possa concludersi in un clima veramente di confronto civile nei rimanenti giorni di discussione sul bilancio, ma anche per il rimanente periodo della legislatura. Mi auguro che la Pasqua porti consiglio a tutti, a coloro che credono e anche ai laici, che hanno elevato a Pasqua del lavoratore il 1° maggio. Io sono fra questi ultimi p. es., e non è che parlo per altri, ma spero che la Pasqua porti a tutti consiglio e quindi spero che si possa concludere in tranquillità e serenità i nostri lavori.

E' con questo spirito che faccio i migliori auguri a tutti voi ed alle vostre famiglie. Arrivederci.

La seduta è tolta.

ORE 17.30 UHR